

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den keramischen Bund  
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2—3. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 35

Berlin, den 1. September 1928

3. Jahrgang

## Georg Wollmanns Rücktritt.

In einer kürzlich stattgefundenen Sitzung teilte uns unser Kollege Wollmann seinen unabänderlichen Entschluss mit, am 31. August d. J. von seinem Amte zurückzutreten und sich in den Ruhestand zu begeben.

Wenn wir auch seit einigen Monaten mit dieser Tatsache rechnen mußten, so kommt es uns doch noch überraschend, weil wir hofften, unseren "Alten" noch einige Monate halten zu können.

Mit Wollmann, der vor ein paar Tagen seinen 67. Geburtstag begehen konnte, verläßt wieder einer der alten erprobten Gewerkschaftsführer seine Wirkungsstätte und nur mit aufrichtigem Bedauern sehen wir ihn scheiden.

Wollmann war von Beruf Porzellanmaler. Nicht weit von seiner Geburtsstätte Freiburg in Schlesien, in Altwasser bei der Firma Tiessl, hat er gelernt. Später arbeitete er in seinem Beruf als ein von der Firma Tiessl Gemahregelter in verschiedenen Orten Deutschlands, u. a. in Naumburg a. d. Saale und in Lübeck. In früherer Jugend schon war die Gewerkschaft, der Zusammenschluß von Berufskollegen sein Ideal, für das er wirkte und strebte. Die Gründung der Organisation der Porzellanarbeiter war sein Werk, und Jahrzehntlang war er der Führer der organisierten Porzellanarbeiter.

Um 30. Mai 1896 wurde Wollmann von einer Generalversammlung der Porzellanarbeiter als 1. Vorsitzender in die Leitung der Organisation berufen; nachdem er vorher schon drei Jahre als 2. Vorsitzender im Dienste des Verbandes stand. Seinem Eintritt in das Verbandsbüro und in sein Vorsitzendennamt gingen voraus und parallel die Verschmelzungen der damals bestehenden Verbündungen der Dreher- und Malerpersonale und die Vereinigung mit dem Gewerksverein der Porzellan- und Glassarbeiter (Hirsch-Dunder). Wollmanns Verdienst mit war die Überführung des Verbandes vom Hirsch-Dunderchen ins freigewerkschaftliche Gewerbe. Dreißig Jahre lang war Wollmann der geistige Führer der Porzellanarbeiter. Aus kleinsten Anfängen hat er die Organisation der Porzellanarbeiter aufgebaut und so den Kollegen eine Vertretung im Wirtschaftsleben geschaffen.

Wenn wir die Geschichte der letzten 30 Jahre an unserem geistigen Auge vorüberziehen lassen, so finden wir, daß es eine Zeit unangesehter Kämpfe und ein steiles Klingen um Besserstellung der Arbeiterschaft war, die hohe Ansprüche an die Führung eines Verbandes stellte. In Wollmann fanden die Porzellanarbeiter einen der ihren als Führer, der mit eiserner Konsequenz und in zäher Ausdauer — allen Widerräumlichkeiten trotzend — aus dem zuerst kleinen Häuflein Getreuer eine machtvolle Interessenvertretung schuf. In andauernden Kämpfen mit einem robusten Unternehmertum und obendrein noch mit den Behörden mußte mit oft unzulänglichen Mitteln das Werk geschaffen werden.

Nicht zum geringen Teil ist es der Tätigkeit und der Person des Kollegen Wollmann mit zu danken, wenn die Organisation der Porzellanarbeiter unter den freien Gewerkschaften einen gehörenden Platz einnahm und sich auch Achtung bei den Unternehmern errungen hat. Stets hat Wollmann seine ganze Kraft der von ihm geführten Organisation gewidmet, deswegen trat er auch nach außen hin, außerhalb der beruflichen Interessen seiner Kollegen, wenig in Erscheinung. Seine heilige Aufgabe war, einen starken Verband zur wirtschaftlichen Interessenvertretung seiner Berufskollegen zu schaffen; das ist ihm gelungen. Alle Porzellanarbeiter sind sich im Faul dazu an Wollmann einig.

Große Verdienste hat sich Wollmann erworben durch die Anknüpfung internationaler Beziehungen und die Bildung der Internationalen Föderation der Keramiker, deren internationaler Sekretär er dann später geworden ist. Nach Kriegsende war es Wollmann, der die internationalen Beziehungen wieder aufnahm, die 1923 zum 4. internationalen Kongress der Keramiker führten und das Band der internationalen Zusammengehörigkeit der Keramiker neu knüpfen.

Die Krone des Werks Wollmanns und den Erfolg eines jahrelangen Strebens bildete in jüngster Zeit die

Verschmelzung des Verbandes der Glasarbeiter und des Verbandes der Porzellanarbeiter mit dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, die Vereinigung dreier Branchen, Glas, Grobkeramik und Feinkeramik im Keramischen Bund.

Un dieser Verschmelzung und Schaffung eines großen Industrieverbandes hat Wollmann großen, wenn nicht den ausschlaggebenden Anteil. Mit der Verschmelzung und der Schaffung einer großen, mit weitgehender Selbstständigkeit bedachten Unterabteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter, dem Keramischen Bund, hat sich Wollmann als weitsichtiger gewerkschaftlicher Führer erwiesen und dem Streben der Arbeiterschaft — eine größere Konzentration der Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen — Rechnung getragen.

Die drei im Keramischen Bund vereinigten Branchen wählten Wollmann zum Leiter des Keramischen Bundes. Die drei Branchen sind sich einig darüber, daß es Wollmann gelungen ist, sich auch das Vertrauen aller der Keramischen Bund angehörenden Mitglieder zu erobern. Alle, die Gelegenheit hatten, Wollmann näher kennen zu lernen, insbesondere alle seine Mitarbeiter, werden ihm gern bestätigen, daß es eine Lust war, mit ihm zusammen zu arbeiten, und daß sein goldiger Humor manche trübe Stunde verscheute. Als Vorgesetzter war Wollmann mit väterlicher Güte um alle Angestellten besorgt.

Mit Bedauern sehen alle ihn scheiden. Die besten Wünsche des gesamten Verbandes der Fabrikarbeiter, insbesondere des Keramischen Bundes, begleiten Wollmann an seinem Lebensabend. Möge es ihm vergönnt sein, noch recht lange und bei Gesundheit diesen Lebensabend zu verbringen. — Wir aber geloben, in seinem Sinne weiter zu arbeiten, im Interesse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft für den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands und für sein mitgeschaffenes Werk, den Keramischen Bund.

Tuisko Apel.

## Ein wichtiges Problem auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress: die Wirtschaftsdemokratie.

Schon der Breslauer Gewerkschaftskongress, der im Jahre 1925 stattfand, beschäftigte sich sehr lebhaft mit der Frage der Wirtschaftsdemokratie. Der 12. Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der am 3. September in Hamburg seine Arbeiten beginnt, wird es in noch ausgedehnterem Maße tun müssen. Das ist ja auch ganz verständlich, denn gegen das Jahr 1925 sind so viele Neuerungen auf wirtschaftlich-politischem Gebiete eingetreten, daß die Beschäftigung mit dem Problem der Wirtschaftsdemokratie eine immer intensiver werden mußte. Nicht zuletzt ist an dem zunehmenden Interesse für diese Fragen die Stärkung der Machtpositionen der Arbeitnehmer schuld. In gleichem Maße, wie die Arbeiterschaft ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß wachsen sieht, wächst auch ihr Interesse an der Frage, wie wohl die Wirtschaftsordnung aussehen wird, die der von ihr befürworteten kapitalistischen Wirtschaftsordnung folgen und den Weg zu der sozialistischen Gemeinwirtschaft ebnen soll.

Daher ist es nur zu verständlich, daß die deutsche Arbeiterschaft den Verhandlungen ihres höchsten Parlaments mit Spannung entgegenseht. Die Diskussionen über den Punkt 3 der Tagesordnung haben ja schon jetzt ein. Die Meinungen innerhalb des großen Mitgliederkreises der freien Gewerkschaften Deutschlands über den Wert des angestrebten Wirtschaftsdemokratie gehen allerdings noch vielfach auseinander. Das liegt vielleicht auch daran, daß über diesen Begriff durchaus noch nicht die Klarheit herrscht, die wünschenswert wäre, um eine fruchtbare Arbeit auf diesem schwierigen Gebiete vorzubereiten. Es nachdem, wie die verschiedenen Kreise der Arbeiterschaft bewegen den Begriff Wirtschaftsdemokratie auslegen und verstehen, ist auch ihre Stellung zu dem Problem verschieden. In den radikalsten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft steht mir bei den Kommunisten, herrsch ein tiefer Misstrauen gegenüber solchen Gedanken, die sich mit der Wirtschaftsdemokratie beschäftigen. Man glaubt vielfach, daß die Wirtschaftsdemokratie nur ein schwacher Versuch für die nicht oder noch nicht erreichbare wirtschaftlich sozialistische Wirtschaftsordnung sei, welche und daß das große Ziel daher durch die Propagierung der Wirtschaftsdemokratie nur noch weiter in die Ferne gerückt werde. Diese Ab-

neigung gegen eine neue Form der Arbeitsgemeinschaft übt einen ungünstigen Einfluß auf den großen Teil der Arbeiterschaft aus, der die Wirtschaftsdemokratie nicht klar darüber weiß, was nun eigentlich Wirtschaftsdemokratie sei, wie man sich ihre Durchführung vorstelle; ob eine solche Durchführung bald möglich sei oder erst nach dem vollständigen Verwinden der herrschenden, gegenwärtigen Wirtschaftsordnung, ob die Wirtschaftsdemokratie denn einen Dauerzustand darstelle oder eine Übergangsform und was solcher Gedanken und Fragen noch mehr wären.

Es ist daher durchaus zu begrüßen, daß diese wichtige Frage in der letzten Zeit in den Gewerkschaftsblättern eine so starke Beachtung erfährt. Auch der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Kollege Leipart, hat sich in einer ganzen Reihe von Vorträgen, die er in verschiedenen Städten Deutschlands hält, mit diesem Problem beschäftigt. Er hat es immer klar ausgesprochen, daß Wirtschaftsdemokratie nicht etwas Dauerndes sein kann, daß sie vielmehr eine Übergangsperiode darstellen soll. Wirtschaftsdemokratie ist kein reiner Kapitalismus mehr; sie ist aber auch noch keine sozialistische Wirtschaftsordnung. Darum wäre es vielleicht auch besser gewesen, statt des Wortes Wirtschaftsdemokratie die Bezeichnung Demokratierung der Wirtschaft zu wählen; eben weil es sich nicht um einen Dauerzustand handelt, sondern um einen fortlaufenden Prozeß, handelt, in dessen Anfangen wir uns heute schon befinden. Das hat Th. Leipart ja auch klar ausgedrückt, als er sagte: „Als wir diese Forderung in den Gewerkschaften erhoben, haben wir sie nicht als eine Zukunft, sondern vielmehr als eine Gegenwartsforderung aufgesetzt.“ Und in der Tat! Die deutsche Arbeiterschaft kann nicht mehr lange damit warten, die Demokratierung der Wirtschaft in die Tat umzusetzen. Die Demokratierung der Wirtschaft muß schon jetzt in Angriff genommen werden. Das Stadium, in dem sich die kapitalistische Wirtschaft im gegenwärtigen Augenblick befindet, ist durchaus günstig dazu. In der Spätphase des Kapitalismus, in der wir uns jetzt befinden, ist die Leitung der Wirtschaft in so wenigen Verwaltungsbüros, in Kartellen, Trusts und Syndikaten zusammengefaßt, daß von reinen Monopolwirtschaft nicht mehr weit entfernt sind.

Es gibt nun zwei Wege, auf denen man die im gegenwärtigen Stadium befindliche kapitalistische Wirtschaft im Sinne des Allgemeinwohls lenken kann: Der erste Weg ist die von vielen Seiten geforderte staatliche Kontrolle aller dieser riesenhaften Unternehmerorganisationen. Wie weit eine solche staatliche

Kontrolle der Kartelle, Trusts, Syndikate möglich wäre, hängt zu sehr von der Macht des Staates ab, die eben zurzeit noch nicht völlig in unserer Macht sich befindet. Aber vielleicht wäre es möglich, beide Wege gleichzeitig zu beschreiten, den ersten, den der Staatskontrolle und den zweiten, eben den einer weitgehenden Demokratierung der Institutionen, in denen heute die Wirtschaftsführung liegt. Wie soll diese Demokratierung vor sich gehen?

Wir denken es uns so, daß wir in die Stellen der Wirtschaftsführung, die nur irgendwie von Bedeutung sind oder von Bedeutung sein könnten, die Vertreter unserer wirtschaftlichen Vereinigungen einzuhalten. Diejenigen Vertreter müssen dort eine völlig gleichberechtigte Stellung gegenüber den Unternehmern einnehmen. Die Mitwirkung darf nicht etwa aus dem Papier stehen bleiben, wie es leider bei so vielen „Mitwirkungen“ der Fall ist. Kraft öffentlichen Rechtes sollen die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen an der Wirtschaftsführung teilnehmen. Wenn mit dieser Einschaltung unserer Leute in die Wirtschaftsführung eine Stärkung der in Unternehmertümern so unbefriedigten öffentlichen Hand vor sich gehen wird, dann dürfte die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft zu einer dem allgemeinen Wohle dienenden Vergnügungswirtschaft geführt sein. Dann wird die Volkswirtschaft endlich den Zweck erfüllen, den sie erfüllen soll, nämlich die reichliche, dauernde Versorgung aller Volksgenossen mit allen notwendigen Gütern.

Der Kollege Leipart hat es wiederholt ausgedrückt, daß Wirtschaftsdemokratie eine Maßstabsfrage ist. Und weil es eine Maßstabsfrage ist, über die der Gewerkschaftskongress verhandeln soll, ist es auch eine Machtfrage, die die ganze deutsche Arbeiterschaft betreffen könnte. Als der Übernahme der Macht erlaubt sich aber auch eine Übernahme von Verpflichtungen und Verantwortungen. Darum ist die Frage der Demokratierung der Wirtschaft zum dritten eine Bildungsfrage. Es ist nicht ganz ohne Bedeutung, und es beweist den tiefen inneren Zusammenhang zwischen den beiden wichtigen Problemen, daß auf der Tagesordnung des Kongresses auf den dritten Punkt, der Behandlung der Wirtschaftsdemokratie, als vierter folgt: Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften. Je besser vorbereitet wir in die neue Form der Wirtschaft hineingehen, desto schneller werden wir dieses Übergangsstadium überwinden und aus ihm in das glückliche Neuland gelangen, das die sozialistische Wirtschaftsordnung sein wird.

## Gegengewichte.

(Der Kampf um die Kartell- und Trustpolizei.)

Es gibt viele Freunde, die im Rechtsgelehrten nur den Güterüberlebter Verantwortlichkeit sehen. Der Vertreter dieser alten Kunst reicht ihnen nach Wider, Persönlichkeit und Altersgruppe. Der Jurist erkennt vielen — zum Teil nicht mit Unrecht — als finstrieren Reaktionär, der niemals vorwärts, stets aber und um so gründlicher rückwärts schaut. Über es ist hier wie überall: Es gibt auch andere! Andere, die wirklich das rechtliche Gewissen ihrer Zeit verkörpern. Andere, die die brennenden Probleme ihrer Zeit mit wachem Auge beobachten, die drängen und vorwärtsstossen ins Reich des Zulässigen und so zu Geburtsstern des Fortschritts werden. Denn aller Fortschritt kristallisiert sich im Recht. Das Recht verändert das Erreichte und schützt es vor dem Verfall. Kein Wunder daher, wenn große Zukunftsfragen gerade auf dem Gebiete des lebendigen Rechts ihre Schatten vorauswerfen. So wird sich der deutsche Juristentag, auf Drängen der fortschreitenden Rechtskennner hin, auf seiner Tagung im September mit einem der für die Zukunft bedeutungsvollsten Problemen beschäftigen: mit der Frage der Kartellpolizei. Welche rechtlichen Handhaben sind erforderlich, um den gemeinschaftlichen Auswüchsen in der Tätigkeit des Trustkapitals wirkungsvoll zu begegnen? Das ist die Frage, um deren Lösung sich die schwersten Juristengehirne mühen werden und deren Diskussion in der Deutschen Gesellschaft sicherlich sehr stark widerhallen wird.

Kartelle, Trusts usw. sind bekanntlich Zusammenschlüsse von Produzenten zur Marktbeherrschung. Sicherung und Steigerung der Profite ist das höchste Ziel, das das Hauptziel des Zusammenschlusses. Erreicht wird dieses Ziel durch Ausschaltung oder Abschwächung der Konkurrenz. Heute sind ungefähr 65 Proz. des deutschen Aktienkapitals in Kartellen gebunden. Ein Zehntel des deutschen Aktienkapitals allein ist in den Händen des Stahl- und Chemie-Trusts. Es wird nicht etwa nur von sozialistischen Agitatoren behauptet, sondern bürgerliche Wirtschaftsprofessoren verkünden es von ihren Lehrpulten, daß heute einige wenige Menschen die gesamte Wirtschaft dirigieren und sich dazu des gewaltigen Apparats der Konzerne und Kartelle bedienen. So hatte der Stahlwerksverband in seiner Blütezeit fast die gesamte deutsche Stahlproduktion in den Händen. So beherrscht das Rheinisch-Westfälische Kohlenmonopol 95 Proz. der in Deutschland geförderten Steinkohle.

Die Wirkung der Kartelle und Trusts auf die Preise ist das Kernproblem. Gewinnpolitik ist alles. Einige Beispiele sprechen klar: das Zuckerkartell erhöhte nach seiner Gründung sofort den Preis für den Doppelzentner Zucker von 48 Pf. auf 57 Pf. und im folgenden Jahr sogar auf 58 Pf. Das 1904 gegründete Spiegelglas-Syndikat erhöhte die Preise um 50 bis 60 Proz. Das englische Stahl-Kartell erhöhte die Schienenpreise in drei Jahren um 60 bis 75 Proz.

Die Opfer sind die Verbraucher. Weit höher als die gewiß nicht niedrigen indirekten Steuern des Staates auf Verbrauchsgüter sind die Sondersteuern, welche die großen Kartelle und Trusts dem Verbraucher auferlegen. Die Monopolinhaber werden zu wirtschaftlichen Diktatoren über das Volk und besteuern es stärker als der Staat.

Nicht immer gehen die Interessen der Kartelle und Trusts in gleicher Richtung mit den Staatsinteressen. Der Einfluss dieser gewaltigen Unternehmungskomplexe auf den Staat ist so stark, daß sie die Staatspolitik entscheidend zu beeinflussen vermögen. Dabei vollzieht sich die Täglichkeit dieser absoluten Monarchen der Wirtschaft zumeist völlig außerhalb der Kontrolle der Deutschen Gesellschaft. Die Gewindespolitik ist heute in den Privatkontoren der Großgewerken stärker und raffinierter entfaltet, als in den Kabinettten der Minister und Diplomaten von gestern. Das ist besonders für eine demokratische Staatsordnung ein unverträglicher Zustand. Staats- und Privatinteressen können durch die Kartelle und Trusts aufs stärkste gefährdet werden. Für die Gesellschaft und nicht zuletzt für die Arbeiterschaft ergibt sich daher die dringende Forderung, die großen Kartelle und Trusts unbedingt zu machen.

Zwei Wege zur Bekämpfung liegen theoretisch offen: Etwas das Verbot, Kartelle und Trusts zu bilden, und zweitens die starke Kontrolle der Kartelle. Charakteristisch ist, daß von vielen Seiten auf die Sinnwidrigkeit der Kartelle bzw. hingewiesen und sogar die Auflösung des Erfahrungsparagraphen verlangt wird. Im allgemeinen aber durfte ein glattes Verbot praktisch undurchführbar sein. Wir marxistisch geprägten Sozialisten wissen, daß es auch aus diesem Gebiete kein Rücksatz durch Auflösung der Kartelle gibt. Wir denken entwicklungsgeschichtlich. Für uns gibt es hier nur einen Weg: Fortentwicklung der Kartelle und Trusts zur Unschädlichkeit und Gemeinsamkeit. Das Mittel dazu ist die Durchführung einer wirksamen Kartellkontrolle.

Der Anfang ist auch bei uns gemacht durch die Kartellverordnung vom Jahre 1923. Als in diesem schlimmsten Inflationsterben die allmächtig gewordenen Wirtschaftsdiktatoren des Reichs ausprechen und ausplünderten bis zum äußersten, als sie die Inlandsschiffe hoch über die Weltmarktreize hinaustrieben, als sie den Staat an der Gargel festten und ihm die Steuern verweigerten, als die veralteiste protestierende Deutschenheit kaum mehr zu beruhigen war, wurde diese Kartellverordnung erlassen. Sie gibt dem Reichswirtschaftsminister das Recht zum Eingreifen, sobald das öffentliche Interesse durch die Kartelle und Trusts zu einer Katastrophe durch die Kartellnahmen verhöhlt. Die Gesetzwidrigkeit oder das Gemeinwohl ist nach § 4, Abt. 2 des Gesetzes insbesondere dann als gefährdet einzusehen,

daß es wirtschaftlich nicht gerechtfertigt ist, Weise die Erzeugung oder der Absatz einer Branche zu erhöhen, die Preise gesteigert oder hohe Gehälter zu verhöhlt.

Der Kämpfer läßt von sich aus den Unternehmern, die im Kartellverein beitreten mögten, fristloses Schiedsgericht für den Kartellvertrag verleihen. Er kann ferner erfordern, daß sämtliche Maßnahmen des Kartells nur gültig sind, wenn sie vorher beim Reichswirtschaftsminister genehmigt werden. Er kann weiterhin bei dem neugegründeten Kartellgericht beantragen, daß dieses den Kartellvertrag für ungültig erklärt, sobald es gewisse Kartellnahmen verbietet.

Diese Kartellverordnung ist überaus interessant. Man kann durch und herum, was man will, es nicht leicht heimlich an sich zu bringen, einen Kartellabkommen zu machen. Die RG gibt keine konkreten Kriterien für ein Eingreifen. Kein Zweck ist es, wenn das Recht vom Reichswirtschaftsminister fast nie ausgeübt wird. Es ist völlig erstaunlich und erstaunt keine eingesetzte Kartellpolizei.

Nun, die Kartellkontrolle ist so überaus wichtig, daß sie nicht zu einer Rechtsbeschaffung des Reichswirtschaftsministers begreift werden darf. Diese Kartelle, die gewisse Gewerbe, nämlich gewisse öffentliche Dienste oder wirtschaftliche Betriebsgruppen ist unabdinglich erforderlich. Durch die diese Kontrolle in der Form geschieht, daß dem Reichswirtschaftsminister ein Selbstcontrollamt für Kartelle und Trusts eingesetzt wird, wie es die Erfahrungsergebnisse der Gewer-

schaften bereits im Frühjahr 1927 von Regierung und Reichstag verlangten. Selbstverständlich muß dieses Kontrollamt variatorisch aus Vertretern der Gewerbeverbände und der Unternehmungen zusammengestellt sein.

Erste Hauptaufgabe des Kontrollamts wäre die Analyse und Führung eines öffentlichen Registers der Kartelle und Trusts. In dieses Register müssen alle Unternehmungsverbindungen und alle Vereinbarungen eingetragen werden, die den Trusts haben den Markt zu beherrschen oder zu beeinflussen. Andere, nicht eingetragene Schwächungen wären nicht in Höhe Strafen, evtl. Freiheitsstrafen, hätten die Eintragspflicht sicherzustellen.

Zweitens wäre zu fordern: ständige Beobachtung des Werks der bestehenden Kartelle usw. und Kontrolle ihrer Preispolitik durch Nachprüfung ihrer Kalkulationen. Ein Museum für recht des Staates und eine Auskunfts- und Pflicht der Unternehmungen wäre gesetzlich festzulegen und durch Androhung entsprechend hoher Strafen zu sichern. Alten und jüngeren Unternehmungsbüroen wären auf Verlangen vorzuliegen. Einzelne Beschränkungen über das Gebaren der Kartelle und Trusts und ähnlicher Unternehmungsformen könnten dadurch nachgeprüft werden. Zur Abstellung von Missständen, die sich bei der Kontrolle herausstellen, müßte das Kontrollamt das Recht bekommen, die entsprechenden Beschlüsse und Maßnahmen des Kartells zu übernehmen.

Das wäre, grob skizziert, der Komplex der zu schaffenden Gesetze, wie sie im Interesse der Arbeiterschaft und der Verbraucher liegen. Die Schwierigkeiten sind unangenehm. Nur ständiges Ausklären, Fordern und Kämpfen kann sie beiseite räumen.

Selbstverständlich müßte auch noch von einer anderen Seite aus vorgesehen werden: von der Ebene der Wirtschaftsdemokratie her. Wer die ständige Gefährdung der politischen Demokratie durch den Wirtschaftsmonarchismus sieht, der muß schon zur Sicherung der politischen Demokratie die Wirtschaftsdemokratie verlangen. Abgesehen davon, wird es sein, daß die Republik darangeht, die Versprechen ihrer Verfassung einzulösen. Die Rahmenbedingungen müssen Inhalt bekommen. Bauen, keine Blumen! Tollkühns Wort bleibt, was der Artikel 165 sagt:

„Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern auf der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.“

Dies heißt nicht, mehr und nicht weniger, als daß die Arbeiterschaft auch das Recht habe, dort bestimmend mitzuwirken, wo Produktion, Pflege und Preise reguliert werden. Darauf ergibt sich als Forderung: Arbeitnehmervertreter, hinein in die Kartell- und Trustleistungen, als gleichberechtigte Geschäftsführer! Nicht ein dekoratives Exemplar unter einer Zahl griffigerer Syndikate, sondern so viele und so tüchtige, als zur Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft und der Gesamtheit notwendig sind! Das Zusammenwirken dieser Arbeitnehmervertreter mit dem staatlichen Kontrollamt wäre die beste und weitgehendste Garantie und das stärkste Gegengewicht gegen die Auswüchse der Kartell- und Trustpolitik der Wirtschaftsmonarchen und würde eine wirkliche Kartellpolizei auf die Dauer erst ermöglichen. B. M. R.

## Ein Gedenktag in der Geschichte der deutschen Arbeitskämpfe.

Die Erinnerung an die von den Gewerkschaften geführten Streiks und überhaupt an die Arbeitskämpfe aller Art verbläst im allgemeinen sehr rasch. In der Kämpf von Erfolg begleitet gewesen, dann freut man sich wohl des erungenen Vorteils ein paar Wochen lang, bis zur nächsten Lohnbewegung hat das Gewerkschaftsmitglied vielfach aber schon wieder vergessen, welche Mühen die Vorbereitung, welche Opfer die Durchführung des Kämpfes gekostet hat. Bei einem erfolglosen Kampfe bemüht man sich vielleicht noch schächer, die unangenehme Erinnerung wieder los zu werden. Es muß schon eine ganz große Bewegung sein, ganz besonders reich an dramatischen Momenten und ganz besonders im Gedächtnis haftend durch die vielen Opfer, die sie verlangte, soll die Erinnerung daran Jahre überdauern.

Eine solche ganz große Bewegung war der Textilarbeiterstreik mit seinen vielen Nebenkämpfen, der vor nun 25 Jahren in Grimmitzsch stattfand. Dieser Kampf gehört zweifellos zu den denkwürdigsten Arbeitkämpfen überhaupt, die die deutsche Arbeiterschaft geführt hat.

Die Textilgebiete des roten Sachsen sind frühzeitig industrialisiert worden. Auch in Grimmitzsch gelangten Damwildschäden schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zahlreich zur Anwendung. Die Folge der Industrialisierung war die proletarisierung der Arbeiterschaft der damals, zur Zeit des großen Streiks, erst 20 000 Einwohner zählenden kleinen Stadt Grimmitzsch. Die Arbeiter Grimmitzsch nahmen an den ältesten Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung den lebhaftesten Anteil. Schon 1870 gab es dort eine sozialdemokratische Tageszeitung, einen „Allgemeinen Volksverein“ gab es schon einige Jahre vorher. Alles in allem hatte Grimmitzsch eine politisch und gewerkschaftlich interessante und gut organisierte Arbeiterschaft, der allerdings ein durchaus reaktionäres Unternehmertum gegenüberstand, das sich allen sozialpolitischen Neuerungen gegenüber strotzend verhielt und die schon errungenen Erfolge mit allen Mitteln wieder zu befechten begann.

Unter solchen Umständen war der offene Krieg zwischen feindlichen Lagern nur eine Frage der Zeit. Schon im 1884 kam es zu einem Streit, der die Herbeführung des Elseneres zum Ziele hatte. Dieser Streit ging verloren, ebenso ein zweiter, der im Jahre 1887 stattfand. Die Unternehmer nutzten die Gelegenheit, um ihrer Erbitterung gegen die aufstrebenden Arbeiter freien Raum zu lassen. Die Folge war ein Feind der Ruhe, aber der Ruhe eines Friedhofs. Die Arbeiter reponierten, aber nicht endgültig. Ihre Positionen wurden gestärkt durch die inzwischen erfolgte Gründung des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Nachdem 1902 und Anfang 1903 in anderen Teilebezirken die schätzungsweise Arbeitszeit durchgesetzt worden war, gingen auch die Grimmitzschen Textilarbeiter unter Führung des Deutschen Textilarbeiterverbandes wieder zum Angriff über mit der Forderung des Zehn Stunden-Tages auch in Grimmitzsch. Die Verhandlungen mit den Unternehmern, zu deren Führern damals schon Heinrich Vogel gehörte, führten begreiflicherweise zu neuem Erfolge. So kündigten also im Anfang August des Jahres 1903 in fünf Fabriken mehr als 6000 Arbeiter. Die Unternehmer kontrahierten diesen Schritt sofort mit der Kündigung von sämtlichen Arbeitern und Arbeitnehmerinnen in allen Fabrikten, so daß nunmehr rund 8000 Arbeiter im Kampf standen, der mit beispieloser Schärfe entbrannte. Selbstverständlich leisteten sämtliche Behörden den Arbeitgebern alle erdenkliche Hilfe. Nicht im damaligen Königreich Sachsen, sondern auch in den benachbarten Ländern wurden den Streikenden alle möglichen Schwierigkeiten gemacht. Recht und Gesetz galten in Grimmitzsch nichts mehr. Die Polizei wurde verschärft, der kleine Schlagzeugstand über Grimmitzsch verhaftet. Den Ruf und die Disziplin der streikenden

Arbeiter zu brechen, gelang jedoch nicht. Ein ganzen Reihe von organisierten Arbeitern und Arbeitern aus der Seidenfabrik Grimmitzsch waren der Unternehmung zusammengekehrt.

Erste Hauptaufgabe des Kontrollamts wäre die Analyse und Führung eines öffentlichen Registers der Kartelle und Trusts. In dieses Register müssen alle Unternehmungsverbindungen und alle Vereinbarungen eingetragen werden, die den Trusts haben den Markt zu beherrschen oder zu beeinflussen. Andere, nicht eingetragene Schwächungen wären nicht in Höhe Strafen, evtl. Freiheitsstrafen, hätten die Eintragspflicht sicherzustellen.

Fünf Monate dauerte der Kampf. Der Mut der Streikenden hatte nicht gelitten, obwohl Streikbrecher in großer Zahl auswärtig herangeführt wurden. Trotzdem hatten die Unternehmungen gewaltige Schäden erlitten, weil ihre Konkurrenten in anderen Gebieten ihnen die bisherigen Kunden abgejagt hatten. Eine weitere Verlängerung des Kampfes hätte eine weitere Saison für Arbeitnehmer verlorenlassen lassen und die Arbeitsmöglichkeiten noch viel mehr vermindert. So entschied sich die Streikleitung schweren Herzens, den Kampf abzubrechen.

Nun feierte die Macht der Unternehmer wieder ihr Triumph. Die Arbeitsbedingungen waren weiter verschärft worden, Hunderte von Arbeitern wurden nicht wieder eingestellt. Der Kampfgeist der Arbeiterschaft war jedoch nicht gebrochen. Die Erfahrungen waren teuer erlöst, aber nicht ungenugt geblieben. Die Erkenntnis, daß der geschlossene Macht der Unternehmer der geistige Willen der Arbeitnehmer gegenübergestellt werden muß, hat Früchte getragen, die sich in der gewaltigen Entwicklung der deutschen freien Gewerkschaften seit jenem denkwürdigen Kampf zeigen. Und deshalb hat der Deutsche Textilarbeiterverband recht getan, wenn er die fünfzigjährige Erinnerung an seinem großen Kampf feiert. Aber nicht nur für den Textilarbeiterverband, sondern für die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung sollten es Tage der Erinnerung sein, Tage der Erinnerung und — des Ansporns — weiterer Festigung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses!

## Die arbeitende Frau und ihre Gesundheit

Die Nachkriegszeit hat eine große Zahl von Frauen und Männern neu in das Erwerbsleben getrieben. Man glaubt feststellen zu können, daß der Gesundheitszustand der Frau durch die Verursarbeitung sich nicht verschlechtert, sondern eher noch gebessert hat. In einer Untersuchung, die Erfahrung hat, die Gesundheit der Frau im Beruf, die von Dr. med. Hilde Adler und Dr. Marie Luise Nehm fürstlich erschienen ist, wird behauptet, daß z. B. früher soviel verbreite Bleichjucht unter der weiblichen Jugend wesentlich zurückgegangen sei. Dabei spielt auch die moderne Frauenskleidung eine Rolle, die mit Ausnahme der Fußbekleidung gesundheitlich viel besser als die frühere Mode ist. Vor allem sei der bessere Gesundheitszustand der Frau auf die Abenkung von der eigenen Person zurückzuführen. Dr. Alice Salomon führt anlehnen in ihrer Arbeit „Fr. Sta.“ aus, daß nicht die Verursarbeit an sich, sondern die Begleitumstände gesundheitlich schädigend wirken. Man unterscheidet mittelbare und unmittelbare Begleitumstände. Zu den unmittelbaren sind die Arbeitsbedingungen zu rechnen. Die Quellen der Gesundheitsschädigung liegen meistens auf seelischem Gebiet. Das gilt auch, so heißt es in dem Artikel der „Fr. Sta.“, für die Industriearbeiterin, die am meisten unter ungünstigen äußeren Arbeitsbedingungen — langen Wegen, Altstandort, Staub, schlechte Anordnung der Maschinen, Mangel an Rückenlehnen, Armutshütte bei langer Arbeitsweise — leidet. Dazu gesellt sich aber noch die Enge und Dürftigkeit des arbeitsberuflichen Lebens. Die Fabrikarbeiterin mag in den technisch vollkommenen Betrieben arbeiten; sie wohnt und ernährt und steckt sich mit der Dürftigkeit der vorindustriellen Zeit. Sie ist belastet durch deren mangelhafte Hygiene, deren Armutszügen. Die innere Leid der Arbeit und die Enge und Gedrücktheit des arbeitsberuflichen Lebens erweckt in den Menschen einen Hunger nach aufregenden und ausreichenden Genüssen, die ein Genügen schließlich nur noch in der Verfestigung der Nahrungs- und Sexualinstinkte finden.

Die Arbeitsschreiberin behauptet, daß dieser Menschtypus unter den Frauen durch die Arbeit stärker geprägt wird als unter den Männern. Auf den Mann losset nicht auch noch der Druck der häuslichen Sorgen. Er hat nicht nur mehr künstlerische Möglichkeiten im Beruf, sondern durch seine politische und gesellschaftliche Vertätigung auch weit mehr Ablenkung. „Die Frauen drängen sich deshalb zu den sogenannten Vergnügungsstätten, die das kapitalistische System und die bürgerliche Moral abschaffen haben. Die Gefunderhaltung der arbeitenden Frau hängt davon ab, wie ihre Widerstandskraft gegen diese Einflüsse gestärkt werden kann.“

Es soll nicht bestritten werden, daß an diesen Behauptungen etwas richtig ist. Nach unserer Meinung wird die Gefunderhaltung der Fabrikarbeiterin in erster Linie bestimmt durch die Arbeitsbedingungen, die die Arbeitsschreiberin ganz richtig gekennzeichnet hat. Soll die arbeitende Frau geruadt bleiben und zum Gebären einer gesunden Nachkommenchaft befähigt sein, müssen vor allem die Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessert werden. Die Länge der Arbeitszeit spielt bei den Frauen eine viel größere Rolle als bei den Männern. Diese zu verkürzen und die Einkommensverhältnisse zu verbessern, sind die Gewerkschaften mit ihrer ganzen Kraft tätig.

## Der Wohnungsluxus der Arbeiter — eine ernste Sorge mancher Arbeitgeber

Die Steigerung der kulturellen Bedürfnisse der breiten Massen zeigt sich nicht zuletzt darin, daß sie nach besserer Gestaltung ihrer Wohnungen streben. Die Kommunen, Wohnungsbau- und Baugesellschaften usw. lassen diesem erfreulichen Fortschritt in der Lebensweise entgegen. Es wurden teilweise Bestimmungen getroffen, wonach auch die kleinsten Wohnungen mit einer Badewanne versehen sein müssen. Auch sonst wurden bemerkenswerte Neuerungen getroffen. Über eine solche Entwicklung sollte ein jeder erfreut sein. Daß dies nicht der Fall ist, zeigt eine Entschließung, die auf dem kürzlich in München abgehaltenen Verbandsstag des Verbandes der Arbeitgeber des Töpfer- und Ofenkerauerwerbes Deutschlands angenommen wurde. Dieses zeitgeschichtliche Dokument lautet folgendermaßen:

„Mit Bedenken stellt der Verbandsstag fest, daß mit Reichs- und Staatszuschüssen beim Bau von Klein- und Kleinstwohnungen ein Wohnungskomfort erreicht wird, der für das arbeitende deutsche Volk verhängnisvoll werden muss. Es werden Wohnblöcke von Ein- bis Zweizimmerwohnungen errichtet, bei denen man Warmwasserversorgung, Zentralheizung, gewerbliche Küchenanlagen usw. vorsehen will. Diese Wohnbequemlichkeiten führen sowohl bei der Anschaffung als auch in der dauernden Betriebsführung Vorteile für die Wohnungsinhaber, die für die Wohnungsinhaber dieser Wohnräume unerträglich sind und die letzten Endes dann in den Kommunen wieder durch Steuern und Gebührenlasten von der Allgemeinheit getragen werden müssen bzw. die zu weiteren Wohnerböhrungen führen müssen. Der Verbandsstag erachtet daher das Reichswohlfahrtsministerium und alle Stellen, die sich mit der Wohnungsfürsorge zu befassen haben, ihrerseits darauf hinzuwirken, daß mit Reichs- und Staatszuschüssen zu erbauende Klein- und Kleinstwohnungen möglichst groß, sonnig und lüftig, aber preiswert erstellt, aber nicht eine die Mieten verteurende Wohlfahrt eingeführt wird.“

Wohlbemerkt, es handelt sich hier um die Krauter einer Gewerbe, welches in der Tautatigkeit seine Existenz findet. Ausgerechnet diese Leute müssen herkommen und sich über den Wohnungsluxus der breiten Massen empören. Neben einzelnen Teilen der Erziehung selbst brauchen wir uns hier wohl nicht zu ängsteln. Sie nutzen den Geist eines tüchtigsten Arbeiters.

## ist der Wohnungsbau eine produktive Kapitalsanlage?

Nach dem Reichsbauministerium soll es in Deutschland 100000 fehlende Wohnungen geben. In Wirklichkeit kann die Wohnungsnot in Deutschland nur durch den Bau von einer Million Wohnungen gebrochen werden. 250000 Wohnungen müssten jährlich gebaut werden, wenn in absehbarer Zeit die höchste Wohnungsnot überwunden werden soll. 250000 Wohnungen erfordern einen Kapitaleinsatz von rund 2,5 Milliarden Reichsmark. Daß diese gewaltige Summe nicht im Auslande aufgebracht werden kann, ist ersichtlich. Auslandsdealer sollen für den Wohnungsbau im allgemeinen nicht verwandt werden. Herr Schacht, seines Zeichens Reichskanzler, wehrt sich dagegen, und der Leiter der Beratungsstelle, Geheimrat Norden, scheint ein solcher Bürokrat zu sein, doch er seinen Einfluß darauf verwendet, ausländisches Geld für den Wohnungsbau nicht hereinkommen zu lassen. Man wendet ein, daß der Wohnungsbau keine produktive Anlage sei. Diese Ansicht wird von einsichtigen Volkswirtschaftlern glatt abgeschafft. Der Berliner Stadtbaurat Martin Wagner, nahm im "B. T." zu diesem Problem Stellung und bemerkte dabei u. a.:

Was hindert uns, dieses Kapital für den Wohnungsbau im Ausland aufzunehmen? Da steht zunächst die Beratungsstelle mit ihrer These: der Wohnungsbau stellt keine "produktive" Kapitalsanlage dar. Will man mit dieser These, die den Bau von Sanatorien, die Produktion von Luxusgütern und die Börsenkollektionen für "produktiv" hält, nicht endlich Schluss machen und einsehen, daß die Wohnung ein lebenswichtiges Bedarfsgüter des Menschen, ja mehr noch das Sanatorium ist, in dem die zum Teil in qualvoller Arbeit verbrauchten Arbeitskräfte der Großstädte täglich erneuert werden? Die höchste Quantität wie die höchste Qualität der Arbeit ist von einer menschentüchtigen Wohnung abhängig."

Im "Magazin der Wirtschaft" macht der bekannte Schriftsteller Georg Vierthäuser folgenden durchaus begründeten Vorschlag: Man sollte einmal die Mitglieder der Beratungsstelle auffordern, einige Monate lang in einer Fabrik zu arbeiten, und sie für diese Zeit in Arbeiterwohnungen unterbringen, die etwa eine Eisenbahnstunde vom Arbeitsort entfernt liegen. Ich habe den Eindruck, daß sie nach sechzig bis neunzigtausend Ein- und Einfahrten zu einer anderen Ansicht kommen würden.

Der niedergehenden Konjunktur könnte Einhalt geboten werden, wenn der Wohnungsbau stärker in Angriff genommen wird. Daß dies nur durch Auslandskredite möglich ist, dürfte klar sein. Haarspaltiereien darüber, ob der Wohnungsbau produktiv sei, soll man unproduktiven Bürokraten überlassen. Die praktische Wirtschaft muß über sie hinweggehen. Das Wohnungsbauproblem kann verwirkt werden, wenn die gesetzgebenden Körperschaften dem Mahnus folgen, der in der Nummer 14/15 der "Wohnungswirtschaft" vom 1. August an sie gehe. Dort wird klipp und klar erklärt: "Die gemeinnützigen Organisationen des Wohnungs- und Siedlungsbüros, Genossenschaften, Vereine und Wohnungsfürsorgegesellschaften sind bereit und sie zu günstigen Bedingungen zu vermieten, wenn die öffentliche Hand durch eine gerechte Wohnungspolitik die Bahn freimacht. Die Wohnungslosen warten! Mögen die neuen Regierungen und Parlamente ihre Schuldigkeit tun!" Die Wohnungslosen warten Hoffentlich nicht allzu lange mehr!

## Die Technik als Besitzerin der Menschheit.

Die Verwendung der Metalle, vor allem des Eisens, zur Herstellung von Waffen, war ein gewaltiger Fortschritt in der Entwicklung des Menschengeschlechtes. Aber das Eisen in dieser ersten Gebrauchsform kann nicht als das einzige Mittel zur Errichtung einer höheren Kulturstufe angesehen werden; sondern es ist in der edlen Form des Werkzeuges und der Arbeitsmaschine ein Mittel, die Menschheit aus der Knechtschaft zu befreien und sie zur Beherrscherin der Natur zu erheben.

Aber es ist nicht so, daß die Arbeitsmaschine in ihrer Fortbildung selbst an dieser Befreierin und damit zur Schöpferin einer neuen Wirtschaftsordnung wird, die keine Arbeitsschlaferei kennt und allen Volksklassen Wohlstand und Wohlerzellen verbürgt. Die Wirtschaftsform ist nicht von dem Stande unseres Maschinenwesens abhängig und wird nicht von der Form der Technik bestimmt. Die Maschine an sich wirkt noch nicht als Befähiger der von uns gewünschten und für notwendig gehaltenen Wirtschaftsordnung der Zukunft. Genau so wie die Mechanisierung indessen die einmal Wirtschaft gewordene soziale Ordnung ungemein entwickeln kann, so entwickelt sie seitens das kapitalistische System und steigert das Maß der Ausbeutung.

Es geht demnach nicht an, daß wir die modernen Chiliasen auf das Morgenrot eines neuen tausendjährigen Reiches horren und ins mit der Hoffnung auf eine schönere Zukunft hinausreden geben. Diese erleben wir und die ins folgenden Geschlechter nur, wenn wir selbst die Steine zu dem neuen Bau zusammensetzen. Zugleich gehört aber auch, daß wir den Missbrauch der Technik zur Festigung des Kapitalismus verhindern und die breiten Volksmassen an den Fortschritten der Technik beteiligen.

Dann sind wir an dem Ziel angelangt, das dieser Arbeit gestellt war: Wir wollten die Erkenntnis vertiefen, daß in der Hand des Kapitalisten die verfehlten Produktionsinstrumente eine Waffe gegen die Arbeiterschaft bilden und daß die Verwendung neuer und leistungsfähiger Arbeitsmaschinen stets auf Kosten der Arbeitenden erfolgt.

Die heute sehr oft auch in Arbeiterkreisen erhobene Forderung nach Verbesserung des technischen Produktionsapparates ist einem Mittel zur materiellen und sozialen Verbesserung der Arbeitersklasse läuft daher an dem eigentlichen Problem vorbei und entbringt einer vollständigen Mischnacht der Erfahrungen. So ist nicht zu verstehen, daß in Ländern mit verhältnismäßig rückständiger Technik das Bestreben besteht, ihren Rückstand gegenüber konkurrenzenden Ländern auf Kosten der Arbeitsbedingungen wettzumachen, aber das darf uns nicht in dem Vertrauen verleiten, daß eine Fortentwicklung der Technik einer neuartigen Milderung der von dem Unternehmer aus der Arbeiterschaft ausgeübten Drudes führt. Der Unternehmer ist viel mehr im Interesse und Standpunkt darauf bedacht, die Kosten der Arbeiterschaft zu vertreiben. Auch von einem bestens erreichten Vorwissen der Industrie eines Landes auf dem Weltmarkt hätte die Arbeiterschaft große und bleibende Vorteile nicht zu erwarten, denn die technischen Erfahrungen täuschen sich heute rasch aus und lassen einen ertragreichen Vorprung leicht einfrieren und überholen. Wir waren dann nach kurzem Zeitverlauf wieder am Ausgangspunkte angelangt.

Sehen wir richtig, dann müssen wir feststellen, daß die heutige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland landläufig gewordenen Ausschöpfungen der Beziehungen zwischen dem Stand des Produktionsapparates und dem Lebensstandard der Arbeiter alszuschreibt durch Hinterren auf amerikanische Verhältnisse getrieben sind. Ein Vergleich mit den Vereinigten Staaten ist aber nicht angängig, da es nicht notwendigerweise zu falschen Schlüssen führt. Einmal verfügt die Industrie der Vereinigten Staaten über ein ungeheures Hinterland mit schier unbegrenzter Aufnahmefähigkeit, und zweitens ist auch dort nicht alles Gold, was glänzt. Gold sind die Milliardengewinne, die das

amerikanische Unternehmen alljährlich realisiert, nicht die Arbeitslosen. Diese werden nur in der heftigsten Umrednung in Markt und Wissende zu Gold. Es handelt sich aber um Scheingold. Tatsächlich besteht das Arbeiterschlaf in Amerika in kaum verminderter Umfang fort. Darüber dürfen die Löhne gewisser Arbeitergruppen nicht hinwegtäuschen. Sie schrumpfen auf ihren wirklichen Wert hinab, erheblich zusammen. Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß der Bauer — dieser typische Repräsentant des amerikanischen Arbeitervorstandes — im Jahresdurchschnitt nur an 62 Proz. der Arbeitstage, d. i. an 180 Tagen, Beschäftigung hat und sein Einkommen auf das ganze Jahr verteilen muss. In den meisten übrigen Industrien ist es nicht weniger besser bestellt. Im übrigen weisen die Löhne in den Vereinigten Staaten große Spannungen auf, so daß der in den einzelnen Industrien gezahlte Durchschnittslohn weit unter den uns in die Augen stechenden Spitzenlöhnen liegt. Aber wenn uns auch diese Dinge nicht bekannt wären — die große Verschiebung in der Verteilung des Volksvermögens während der letzten Jahrzehnte, die wir an anderer Stelle festgestellt haben, ist Warnung genug, von einer Amerikanisierung der europäischen Produktionsmethoden abzusehen.

Tatsächlich sind die amerikanischen Arbeiter in der Verteilung ihrer Lage weniger optimistisch. Sie sehen wohl, daß sie zurzeit höhere Löhne besitzen, als die Arbeiter in den meisten anderen Ländern, aber sie sehen auch die Gefahren und spüren die Leiden, die vor allem in einer qualvollen Unbeschäftigung der Beschäftigung, in fortwährend drohender Arbeitslosigkeit, mörderischer Arbeitsintensivierung und dergleichen bestehen. Die Presse der amerikanischen Gewerkschaften führt denn auch — wenn wir von jenen gewerkschaftsartigen Bildungen absieben, die sich mit dem Unternehmertum verbinden und gemeinsam Monopole errichten — allgemein und ständig einen scharfen Kampf gegen die Maschinierung der Produktion. „Diese Zahlen zeigen“, schreibt beispielweise der industrielle Redakteur der „Federalized Press“ unter Hinweis auf sämtliche Produktionsziffern aus dem amerikanischen Eisenbahnbetrieb, „daß exakte Produktivität der Arbeiter unter dem Privatkapitalismus nicht zu einer Verkürzung der Arbeitszeit, sondern zu einer wachsenden Unsicherheit der Beschäftigung und Verschlechterung der Erwerbsbedingungen führt. Alle Verbesserungen der Industrietechnik unter dem gegenwärtigen System zeigen die Tendenz, die Profite der Unternehmer zu erhöhen.“

Dieses Prinzip wäre unschwer durch unzählige andere zu erkennen. Wir wollen aber hierauf nicht näher eingehen. Nur auf einen Hinweis sei hier noch mit Nachdruck verwiesen: Die Entwicklung der menschlichen Arbeitsteilung und Mechanisierung und Maschinierung ist nicht nur eine Besonderheit der neuen Produktionsmethoden, sondern sie wird von dem Unternehmertum bewußt gewollt und planmäßig herbeigeführt. Mit der „Arbeit am Band“ soll die Arbeiterschaft auch geistig am Bande gehalten werden. „Beseitigt den gelehrten und verantwortlichen Bergarbeiter in der Kohlegrubenwirtschaft durch weitgehenden Gebrauch der Maschine und der wissenschaftlichen Standardisierung, verwandelt ihn in einen Automaten, einen entmenschten Roboter, und es wird auch gelingen, den Nebellengeist und die Organisation der Arbeiter ebenso zu zerstören, wie es im Bergbau mit diesen Mitteln gelungen ist“ — das ist der Rat, den ein amerikanischer Unternehmer vor einem Jahre der Kohlenindustrie gab. Damit zog er nur die praktische Schlussfolgerung aus jener „Schwäche der Natur“, über die schon der von Karl Marx viel erwähnte Engels der Kreis gelegt hat, daß der Arbeiter „je geschickter, desto eigenwilliger und schwieriger zu behändeln sein wird“. Also nicht nur gegen den Preis, der für Geschicklichkeit zu bezahlen ist, sondern auch gegen den Eisenvillen und das Selbstbewußtsein, mit dem berufliche Geschicklichkeit und Tüchtigkeit den Arbeiter erfüllen, wird die Maschine vom Unternehmer eingesetzt.

Wie kann und wie muß sich die Arbeiterschaft gegen die mit dem Maschinen- und Betriebswesen verbündeten Geschäftszwecken der Mittel und Wege hierzu schaffen, wird die Aufgabe eines besonderen Austausches der unmittelbar in der Praxis gewonnenen Erfahrungen sein müssen. Hier gilt es nur, auf die Notwendigkeit einer Klärung der Auseinandersetzung hinzuweisen, und den Anstoß hierzu zu geben.

Es liegt in der Natur des Stoffes, daß der überwiegende Teil der erforderlichen Rüstungsarbeit den Gewerkschaften als den Trägern des wirtschaftlichen Kampfes und den herrenlosen Schülern der Arbeitsteilung zufällt. Sie haben die Vorgänge in ihren Berufen in internationaler Umfassung genau zu verfolgen. „Eine Abschaltung wirklich produktionstechnischer Fortschritte kann selbstverständlich nicht gebodt werden, aber es genügt nicht, daß man sich darauf beschränkt, die bei den früheren Arbeitsmehrsätzen gezahlten Löhne zu behaupten, sondern es muß verhütet werden, daß der Anteil der Arbeiterschaft an den geschaffenen Produktionswerten zurückgeht.“

Hierbei wird nachzuprüfen sein, wie weit die bisherige Lohnpolitik der Gewerkschaften weiter gehandhabt werden darf und ob es nicht zwingend wird, sie durch elastische Methoden zu erweitern. Es entsteht uns nicht, daß dies zu einer erheblichen Erhöhung der Gewerkschaftsarbeit führen würde, aber davon darf nicht aufzugeben werden, denn das starre Festhalten an der bisherigen Lohnpolitik, die alle Betriebe einer Industrie gleich behandelt und keine Unterschiede nach technischer Ausstattung und Rentabilität achtet, hat unvermeidlich zur Folge, daß sich die Löhne einer Industrie stets nach modernstem Produktionsapparat arbeitender Unternehmer höhere Profite garantieren werden.

Die heutige Wirtschaftskrise, die ja wesentlich eine Folge der im Verlaufe der Zeit eingetretenen erheblichen Spannung zwischen dem Produktionsanteil der Arbeiterschaft und dem Anteil des Kapitals ist, zwecks durch die Eingangs- und späteren Abhängigkeiten infolge der Industrialisierung der Kolonial- und Halbkolonialländer usw. —, müßte allein schon bringende Beratung zu einer Nachprüfung der bisher begangenen Gewerkschaftspolitik geben.

Die Gewerkschaften werden sich einer eingeborenen Betäubung mit den hier aufgeworfenen Fragen um so weniger entziehen können, als die Unternehmer jetzt auch in Europa im Begriff sind, die amerikanischen Betriebsmethoden zu übernehmen und ebenfalls die berüchtigte „Arbeit am Bande“ einzuführen, die genau geschehen, nur eine schärfere Norm der Allardarbeit ist und daher erhöhte Ausbeutung zur Folge hat.

Alle diese Geschehnisse, die sich für die Arbeiterschaft aus breitreichenden Automatisierung der Arbeit ergeben, werden noch gesteigert durch die großen Veränderungen, die die Befindungen der angewandten Technik in anderen Gebieten im Laufe haben und die den unmittelbaren auch mittelbaren Bedrohungen aufstellen. Wir erwähnen hier nur als Beispiel die fortbreitende Maschinierung der Landwirtschaft. Durch diese werden große Gruppen der Landarbeiterchaft der Erwerbsmöglichkeit auf dem Lande beraubt und zur Auswanderung in Industriegebiete gezwungen, was notwendig zu einer Vermehrung der Industriearbeiterchaft und damit zu einer Verschlechterung der Erwerbsmöglichkeiten führen wird.

Alle Ereignisse machen es also zum gebotenen Zwang, daß sich die Arbeiterschaft mit dem Maschinenismus auseinander setzt, die in ihm enthaltenen Bedrohungen begreift und sich zu deren Abwendung wappnet.

Alles fordert und fordert ist in den Vordergrund zu rücken und an erkämpfen: das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter.

Aber wie sagen frei heraus: die Ausübung des Mit-

bestimmungsrechts kann nicht allein darin bestehen, der Arbeiterschaft in der Richtung höherer Wirtschaftlichkeit und Rentabilität des Produktions im Sinne des Kapitals Einfluß zu sichern. Die Arbeiterschaft muß vielmehr das Mitbestimmungsrecht dazu gebrauchen, um beginnend von der untersten Produktionsstufe alle Wirtschaftsfunktionen mit eigenem Geist und eigenem Willen zu durchdringen, mit den ausgesprochenen Zielen, Produktion und Distribution, Erzeugung und Verteilung aus einem Mittel der Profitmacherei in ein Mittel der Sozialpolitik umzuwandeln.

## Menschenfreundlichkeit oder Geschäftstüchtigkeit.

In früheren Zeiten erkannte man, daß eine Steigerung der Arbeitsleistung durch akustische Einwirkungen auf den Seelenzustand des Arbeitenden erreicht werden konnte. Man sprach vom Rhythmus der Arbeit, den Karl Marx als den Pulsenschlag der Arbeit bezeichnete. Der Kapitalismus mit seiner weitgehenden Arbeitsteilung hat später diesen Rhythmus der Arbeit vollständig verdrängt. Neuerdings werden in einigen Großbetrieben Versuche zur Steigerung der Arbeitsleistung unternommen. Man versucht, den Seelenzustand des Arbeitenden dadurch zu beeinflussen, daß man unangenehme Geräusche beseitigt oder angenehme hervorruft. Im Heft 6 der Zeitschrift „Das Werk“, Monatsschrift der Vereinigten Stahlwerke A.-G., wird hierüber folgendes berichtet:

Verschiedene Erfolge hat in jüngster Zeit der auf diesem Gebiet als Spezialität tätige Professor Dr. Sachsenberg, Dresden, erzielt. Vor einiger Zeit wurde Dr. Sachsenberg in eine Fabrik zur Begutachtung gerufen, in der produktionstechnische Mängel nach der Richtung hin vorlagen, daß unter 80 Stück von einer Arbeiterskolonne hergestellten Temperaturreglern zeitweise bis zu 60 Stück Fabrikationsehler aufwiesen. Diese Fehler führte Dr. Sachsenberg nach eingehender Untersuchung aller in Frage kommenden Momente auf den ungeheuren Lärm zurück, welchen die in dem gleichen Raum befindliche Ventilatoren hervorriefen. Die Werkstatt wurde auf Verlangen des Unternehmenden daraufhin verlegt. Diese Verlegung hatte zur Folge, daß durch die Beseitigung des Lärms die Leistungsfähigkeit der gleichen Arbeiterzahl in der gleichen Arbeitszeit wie früher auf 110 Temperaturregler stieg, wobei nur sieben mangelsstücke Stücke ausgeschlossen werden mußten.

Als ähnlichen Grundstein wurde Dr. Sachsenberg später in einer Fabrik gerufen, deren technischer Leiter sich über ungenügende Leistungen der Packabteilung beklagte. Durch genaue Untersuchung stellte Dr. Sachsenberg fest, daß das starke Geräusch der Ventilatoren hier Hemmungen bei der Arbeit hervorrief. Eine Abstellung des Ventilators führte bereits zu dem Resultat, daß die Arbeitsleistung um 12 v. H. stieg. Da sich jedoch eine Ventilierung des Packraumes als unerlässlich erwies, wurde der Versuch gemacht, den Ventilator mit einem Toninstrument zu kuppeln, dessen Tongebung dem Takt der Packarbeit entsprach. Die Einführung dieser Neuerung führte zu dem Erfolg, daß sich die Leistung um insgesamt 16 v. H. hob.

Ganz neue Wege haben in jüngster Zeit die Siemens-Schuckert-Werke in Berlin-Siemensstadt beschritten. Da dem noch dem Klischeesystem arbeitenden Kleinbauwerk der Firma werden zur Belebung der monotonen Arbeit die Radiosongen der Berliner Rundfunkstelle durch Lautsprecher übertragen. Diese Einrichtung hat sich nach den Berichten der Werkeleitung bisher gut bewährt. Die Musikvorführungen werden vormittags und nachmittags je auf eine Stunde eingeschaltet. Nach den gemachten Beobachtungen zeigt sich dabei, daß die Musik auf die Psyche der Belegschaft in jeder Weise arbeitsanregend wirkt.

Es ist immerhin besser, durch Musik als durch schikanöse Antreiberei auf Arbeit animiert zu werden. Das Ganze ist aber ein Beispiel dafür, wie in der kapitalistischen Wirtschaft immer neue Mittel erfinden werden, um die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeitskraft und damit die Profite zu steigern.

## Zahlen aus der Krankenversicherung.

Die Krankenversicherung ist unstrittig die wichtigste sozial-politische Einrichtung. Ein Zahlen oder ein Abbau derselben würde nicht nur für den einzelnen Volksgenossen untragbar sein, es würde auch die schwersten wirtschaftlichen und politischen Folgen nach sich ziehen. Leider kann man immer wieder beobachten, daß ein großer Teil der Arbeitnehmer dieser Einrichtung ziemlich interesslos gegenübersteht. Besonders kann man dies bei dem jüngeren Nachwuchs in den Betrieben feststellen. Sehr oft wissen diese jungen Leute nur, daß sie von den Krankenkassen ärztliche Hilfe, Krankengeld usw. erhalten können und müssen, über die Entwicklung, Organisation, Bedeutung usw. der Krankenversicherung machen sie sich jedoch entweder ganz falsche oder überhaupt keine Gedanken. Es ist dies um so betrüblicher, als die Krankenkassen als Selbstverwaltungsgesellschaften auf die tatkräftige Mithilfe und Mitarbeit der Arbeitnehmer mehr als andere Einrichtungen angewiesen sind. Diese Interesslosigkeit einer immerhin großen indifferenter Arbeitnehmerschicht ist auch Wasser auf die Mühlen der Gegner der Krankenversicherung. Es kann aus diesen Gründen nicht oft genug auf die Bedeutung der Krankenversicherung hingewiesen werden.

Nach den neuesten Feststellungen betrug die Zahl der gegen Krankheit versicherten Personen im Jahre 1926 rund 20 255 000. Es sind dies 31,9 vom Hundert der gesamten Bevölkerung Deutschlands. Hierzu kommen noch etwa 15 Millionen Personen, die als Familienangehörige Ansprüche an die Leistungen der reichsgelebten Krankenversicherung haben. Die Gesamtbevölkerung Deutschlands beträgt zurzeit etwa 63,6 Millionen, so daß über die Hälfte derselben (35 Millionen) unter dem Schutze der reichsgelebten Krankenversicherung steht. Schön die Feststellung allein genügt, um die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung der Krankenversicherung zu beweisen. Die Zahl der Krankenkassen betrug im gleichen Jahre 7577, und zwar:

2 161 Ortskrankenkassen	mit 12 750 000 Mitgli.
432 Landeskrankenkassen	2 045 000 "
4 142 Betriebskrankenkassen	3 142 000 "
782 Firmenkrankenkassen	464 000 "
18 Zweckgesellschaften	554 000 "
42 Erstagrarbeitskassen	1 103 000 "

Während also zahlmäßig die Betriebskrankenkassen überwiegen, nehmen doch die Ortskrankenkassen dadurch die vorherrschende Stellung ein, daß bei ihnen die weitauß größte Mehrheit der Mitglieder bestehet. Interessant ist die Feststellung der durchschnittlichen Mitgliederzahl einer Kasse bei jeder Kassenart. Bei den Ortskrankenkassen zählte jede durchschnittlich 1900 Mitglieder, bei den Landeskrankenkassen 759 und bei den Firmenkrankenkassen 22. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 8 824 000 Krankheitsfälle mit 230 459 000 Krankheitstage entschädigt. Es kam demnach ein Krankheitsfall auf je 2,2 Mitglieder. Auf einen Krankheitsfall entfielen 28,1 Krankheitsstage. Entschädigte Fälle der Volkskrankenkasse wurden 805 654 gezählt. Auf 100 Mitglieder 4,21. Die Zahl der Sterbefälle betrug 115 744, aber nur 1000 Mitglieder 6,0. Insgesamt haben die deutschen Krankenkassen vom Jahre 1925 ab bis zum Jahre 1926 nicht weniger als 154,1 Millionen Krankheitsfälle mit über 3 Milliarden Krankheitstagen entschädigt. Nicht mitgerechnet sind hierbei die Fälle während der Jahre 1914 bis 1921. Die Beitragseinnahmen der Kassen trugen im Jahre 1926 insgesamt 1117,4 Millionen Reichsmark. Auf ein Mitglied entfiel eine durchschnittliche Beitragseinnahme von 75,60 RM.

## Konzentration in der europäischen Glasindustrie.

Die Statur der Glasherstellung hat es mit sich gebracht, daß man überall in der europäischen Glasindustrie die vertikale Wirtschaftskombination anstrebt. Die einzelnen Betriebskonzerte der Glasindustrie sind schon ziemlich stark da, sozusagen, vom Sandstein über Kreide zum Verteigfabrikat und der Herstellung von Glas in eigene Betriebe zu kommen. Verhältniß ist diese Konzentration immer noch nach Branchen gegliedert, d. h. nach der Herstellungsart der Glasprodukte vorzuhören. Zuletzt steht die letzte Zeit, daß der monopoliatische Entwicklungsdrang durch die Mechanisierung in der Gesamtglasindustrie Europas auch dazu führt, möglichst in den großen Betriebskonzernen mit Glasherstellung alle Zweige der Industrie vereinigt zu sehen. Das beste Beispiel haben wir an Siemens & Halske, der nicht nur in allen Staaten Europas Betriebe mit Glasherstellung besitzt, sondern in diesen Betrieben jetzt bereits alle Arten von Flach-, Hohl-, Flaschen- und Tafelglas herstellen läßt.

Mit der vertikalen Wirtschaftsentwicklung in den Betrieben unter Ausübung großer technischer Hilfsmittel läuft parallel die in letzter Zeit stark aufgetretene Kartellierung und Monopolisierung im Weltglas Handel. Die nationalen Kartellvereinisse der einzelnen Branchen der Glasindustrie geben immer mehr dazu über, internationale Verbündungen einzutreten, um möglichst mit geschlossenen Preisen am Weltmarkt auftreten zu können. Schwierigkeiten verucht man, zu überwinden durch gegenseitigen Austausch von Aktienpapieren, um so mehr und mehr das allgemeine Interess an der europäischen Glasindustrie wachzurufen. Das Hauptziel dieser kleinen Wirtschaftsorganisationen der Industrie soll sein, möglichst den Handel, vor allem aber die in der Industrie beschäftigten Arbeiter stark in ein Abhängigkeitsverhältnis vom Willen und Wollen dieses auf allen Gebieten konzentrierten Unternehmertums zu bringen. Als Arbeitnehmer haben wir dieser Entwicklung in der europäischen Glasindustrie das größte Augenmerk zu widmen und müssen versuchen, mit gleichen Mitteln zu antworten und zu handeln. Gleiche Mittel sind noch bessere internationale Verständigung über alle Vorgänge in den einzelnen Branchen und den Konzernen, sowie reicher Austausch des gesammelten Materials über wichtige Erscheinungen in der nationalen Glasindustrie.

Aus der Tagespresse lernen wir vor einiger Zeit entnehmen, daß der Raum ins Leben gerufene Bündnisbetrieb und das Hohlglashütten-K. G., der nur Gebiete der Blechdampferstellung regeln wollte, bereits dazu übergegangen ist, seine Organisationsarbeit auf die Gebiete der Pressglas- und Blechglasherstellung nun zu verlegen. Auf internationalem Wege sind bereits Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Glasindustrie aufgenommen worden zur Herbeiführung der Regelung des internationalen Absatzes und der Verkaufsbedingungen.

Die Befreiungen der neuengründeten Handelskette der mechanischen Fensterglasproduktion in Frankreich, Belgien, der Schweiz und Deutschland, einschließlich der Süßwaren-Produktion, gehen dahin, ebenfalls die Kontrolle des Absatzes, sowie die Preisregulierung international vorzuschreiben. In den Vorverhandlungen darüber haben sich einige Staaten verständigt, andere Staaten haben ihre Preise bereits angeglichen, so daß in kommender Zeit das internationale Preisgleichmaßstab erwartet werden kann.

Jetzt gefügt vertreten international ihre Arbeiten der seit Jahrzehnten bestehende Verband Europäischer Flaschenhütten und das Spiegelkristallglasindustrie. Rächt eine Flasche von den reichlich 200 Millionen Jahreproduktion die in Deutschland hergestellt wird, kann ohne Kontrolle in den Handel kommen. Noch schärfer hat das Spiegelkristallglashütten die Verteilung der Fabrikationsquoten und Preisbildung in der Hand. Gestattet wird infolge der stetig einbrechenden Nachfrage in allen Staaten und auf allen Gebieten vom europäischen Glühlampenkonzern die Lage ausgenutzt und der Markt beherrsch.

Die Arbeiter und Konsumenten werben auf der ganzen Welt für einen fairen Ausgleich in der Preisbildung oder ungünstige Beurteilung der Arbeitsmarktslage in den einzelnen Staaten durch angepaßte Kartellpolitik rechtzeitig zu verhindern.

M. Krebs.

## Gleichheitslose Ausbeutung.

Schwerheit ist schon von jeher das Schmerzenskind unserer Betriebe gewesen und es kann mit Recht gesagt werden, daß die mit Gewinnabsicht beschäftigten Arbeiter zu den unglücklichsten Menschen der Welt gehören. Das Gewinnstreben, das in wenigen Arbeitsherrn der Konzernstädte steht, kennt keine nach Grenzen. Auch die schärfsten Strafbestimmungen werden missachtet und alle nur erdenklichen Schläge ausgedacht, um den Heimarbeitern den ihrer zustehenden Zeiträume zu föhlen. Wir bringen heute nur einige Beispiele dafür. Es wurde uns mitgeteilt, daß die Firma Mat. Ulrichs das Kontobuch eines Arbeiters verbrannt haben soll, als dieser seinen Zeitlohn forderte. Jetzt wird sogar gesagt, daß diese Firma zweiterlei Strafaktion vornehmen soll. In das eine Buch soll der richtige Zeitlohn geschrieben werden, und über die Heimarbeiter nicht loben, während in das andere Buch nur der Lohn gezeichnet wird, der dem Heimarbeiter ausgeschüttet wird. Die Heimarbeiter nehmen das hin und sind nur froh, daß sie überhaupt Arbeit haben. Die Firma Hölsle und Reinhardt soll noch einen anderen Robos erfunden haben. Bei der Absicherung der Arbeit werden im Badraum von dem Bader die richtigen abgesicherten Mengen ins Buch des Arbeiters eingetragen. Dies wird angesichts der Tatsache, daß der Bader, damit er weiß, wieviel man auf Stadl von jeder Seite Artikel abgeliefert hat. Wenn der Heimarbeiter dann das Kontor kommt, kehrt er das ganze abgesicherte Menge bei den Kontoren ab, welche 15 Pfund und 15 Pfund bei den anderen Seiten abgeben. Nach dieser schärfsten Menge bekommen dann die Arbeiter ihre Kontrolle und keine Kontrolle erhält in diesem Stadl der Heimarbeiter eingesetzt hat. Ein Tag kann jetzt aber im Kontorenbüro - nebst die Firma Hölzl haben wir, daß sie eine Sorte Ambohl für die Tag. Zahl. Papier ist der Heimarbeiter bis Ende des Monats zu einer Entlastung einer Menge aus der Heimarbeit. Und die Heimarbeiter, die ein Stadl auf ihre Kontrolle erhalten, haben das aber gefordert und können somit auf dem Kontorenbüro nicht arbeiten, wenn sie nicht mit einer Stadl zusammen sind, die 12 Pfund in der Woche haben, denn sie kann nur ein Stadl mitarbeiten. Da der erwerbende Heimarbeiter kann die 12 Pfund nicht abholen, so ist die Heimarbeiterin nicht die Richtige Person anzusehen, dafür aber der Heimarbeiter eine ganze Menge als Stadl abgibt. Der Stadl der Heimarbeiter ist der Stadl der Firma Ulrichs erlaubt. Wie kann die Heimarbeiter, die sie bis eine solche Betriebsklausur der Heimarbeiter nicht länger gehalten lassen werden? Dafür sie dies nicht erlauben kann weiter, ihre eigene Stadl zu verhindern? Sicherlich die Heimarbeiter kann nicht, daß sie die Heimarbeiter nicht mit einer Stadl zusammen sind, um die Heimarbeiter, die Heimarbeiter und Heimarbeiterin beobachten zu wollen, bzw. eine solche Betriebe der Heimarbeiter mit der Konkurrenz der Konkurrenz nicht zu konkurrieren. Die Firma, die sie im neuen Kontorenbüro nach Heimarbeitern beschäftigen werden kann, müssen doch auch an einem Tag ausgenutzt werden. Sein Arbeitgeber hat das Recht, und

weniges zu geben. Das Gewerbeaufsichtsamt und die Gewerbeaufsicht in Neubau leisten auf diese Zustände ganz besonders aufmerksam reagiert. Es dürfen aber nicht nur Feststellungen gemacht werden, bei denen es dann bleibt. Die Rechte der Arbeiter müssen auf das Nachdrücklichste vertreten werden. Die Mehrzahl der Heimarbeiter hat die Berechtigung, den im Geiste vorgehegenden Schutz von den machbaren Besoldungen zu verlangen. Der Artikel 157 der Deutschen Reichsverfassung sagt: "Die Arbeiterschaft steht unter dem besonderen Schutz des Reiches." Wir erwarten, daß danach gehandelt wird! Ch. W.

## Grenzhammer bei Ilmenau, Thüringen.

In der Hohlglashütte am Grenzhammer bei Ilmenau, Inhaber O. Lange besteht fortwährend Differenzen, insbesondere der in dem Betrieb mit tätige Dr. Köhl scheint es darauf abgesehen zu haben, die Arbeiter nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Einmal gibt es Streik in dem in Groß-Breitenbach gelegenen Zweigbetrieb ein andermal in dem Hauptbetrieb am Grenzhammer. Der Streik und die Erfüllung des Tarifvertrages und Werkstattregeln wegen anderer, mit dem Arbeitsverhältnis zusammenhangender Dinge nimmt kein Ende. Die Firma scheint zu viel Arbeit zu haben, denn sonst würde sie rücksichtsvoller mit ihnen umgehen. Es ist daher ratsam, wenn die Glasbläserarbeiter aller Sorten sich der Firma nicht ausdrängen und sie mit Arbeitsangeboten bis auf weiteres verschonen.



## Die konzentrierten Mächte der Unternehmungen.



Wach auf der gerechte Wille der Arbeiterschaft und zeugtstellen. Gegen Macht hilft nur eine stärkere Macht! Verschaffe sie dir durch den Ausschlag an den Kapitalistischen Bund!

## Differenzen in Neustadt (Wald).

Bei der Firma Heyer & Co. Stahlglashütte in Neustadt a. d. Waldnaab sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma ist nicht Mitglied eines Arbeitgeberverbandes und glaubt sich vor der Zahlung der allgemein gültigen Lohnsätze drücken zu können. Sie geht in weit, was die Verhöhrungen in den anderen Betrieben will. Es besteht kein Zweifel darüber, daß unsere Kollegen das Vorhaben der Firma nicht gefallen werden. Wir ersuchen aus diesem Grunde Arbeitsangebote an Firma unter allen Umständen zu unterlassen.

## richtung, Bleikristallschleifer!

Bei der Firma George Marcus in Berlin-Wilmersdorf befinden die Differenzen noch fort. Arbeitsangebote sind weiterhin. Die Firma ist gebreitet!

## Glaskunstgussmühle, Frankreich.

Die Glasquarz-Versiegelung des Vosges sucht häufig aus dem Saargebiet und aus dem westlichen Deutschland Arbeitskräfte anzuwerben, nach wenigen Wochen oft schon nach Tagen verlassen die Kollegie aber die Arbeitsstelle wieder, weil die Lohn- und Lebetsbelohnungen keinenfalls den gewohnten Verhältnissen entsprechen. Die Direktion berichtet willentlich, was es sagt, zu höheren Gehalten, der steigt. Das ist nicht verwunderlich in einem Betriebe, in dem von mehreren Hundert Beschäftigten kaum einer organisiert ist. Arbeits- und Wissensweiterbildung oder Fortbildung kann nicht in diesem kapitalistischen Kapitalistischen Betrieb stattfinden, daher steht es nicht, daß heute nicht mehr wenige und teuer produziert werden darf, sondern viel und billig. Vielleicht fehlen in diesem Betrieb auch längere Zeiträume, die sich der neuen Zeit anpassen verstehen. Es ist keineswegsverständlich, daß bei einem solchen schlechten Geschäftsführer ein solcher Betriebsleiter vorhanden ist, der doch sehr kostspielig arbeitet.

Für die Betriebsfeste der Firma Fischer & Lehmann sollten diese Zustände eine Mahnung sein, doch ihrer aufwandigen Organisation angeschlossen, dem Metallischen Funde im Verbande der Arbeitgeberverbände Deutschland, denn nur auf dem Wege durch die Organisation können sie an einer Besserung der Kollegien zu handeln gelangen.

## Lungenkrankheiten der Porzellanaarbeiter in der Tschechoslowakei.

Aus dem Bericht über die Tätigkeit des Verbandes der Arbeiter in der Tschechoslowakei in der Verwaltungsperiode vom 1. Januar 1925 bis 31. Dezember 1927, der uns sehr gebracht werden können wir entnehmen, daß auch in der Tschechoslowakei Todesfälle der Lungenerkrankungen und den Atmungsorganen erkrankten Porzellanaarbeiter im Vergleich zu Todesfällen an anderen Erkrankungen eine verhältnismäßig hohe Zahl auf machen. Die Krankheitsstatistik der verstorbenen Mitglieder unseres Bruderverbandes für das Jahr 1927 weist auf: Gestorben an Erkrankungen an Lunge 1. Bronchialtuberkulose 28, Lungentuberkulose 28, Lungenerweiterung 1 ausammen 92. Im ganzen werden 76 Todesfälle gemeldet. Dennoch sind 43 Proz. Todesfälle auf Erkrankungen der Lunge und Atmungsorgane zurückzuführen. 1926 sind von 98 Verstorbenen 42 Lungenerkrankte zu verzeichnen; das sind 42 Proz. Im Jahre 1925 sind von 88 Verstorbenen 52 Lungenerkrankte gemeldet, das sind 59 Proz. Das ist eine erschreckliche Zahl, die Arbeitgeber, die Erkrankungen der Lunge oder der Atmungsorgane hatten. Die Gefährlichkeit der Arbeit in den Porzellanfabriken gerade für die Lunge und die Atmungsorgane ist damals einmal griesig betont worden.

Dabei haben unsere Bruderkollegen in Böhmen den Vorwand, daß ihnen deutsche Kollegen, daß ihnen ein vom Wirtschaftsverband der Porzellankonföderation in Karlsbad gebautes Erholungsheim für lungenerkrankte Porzellanaarbeiter zur Verfügung steht, das recht stark in Widerspruch genommen worden ist und wo bei recht gute Erfolge bei denen, die das Erholungsheim in Sangerberg benützen, festgestellt werden könnten.

Der Prozentsatz der Verstorbenen, die an Lungen- und Atmungsorganen erkrankt waren, ist ja erstaunlicherweise auch zurückgegangen. (1925 = 59 Proz. 1926 = 42 Proz. und 1927 = 43 Proz.) Das erzielte günstigere Resultat ist zweifellos auf die Errichtung des Erholungsheimes zurückzuführen. Diese Firma scheint auch die Leitung des Erholungsheimes zu sein, in der auch der Genosse Palme, der Vorsitzende unseres Bruderverbandes in der Tschechoslowakei, sitzt - denn neuerdings haben sich entschlossen, die Anstalt durch Erbauung eines Seitentrafo zu erweitern und durch einen Gang mit der Liegehalle zu verbinden, was eine wesentliche Verbesserung bedeutet. 1927 haben 120 Männer durchschnittlich 76 Tage und 120 Frauen durchschnittlich 88 Tage eine Kur in demheim durchgemacht.

Wie ganz anders ist das hier bei uns in Deutschland! Die Centralbranchenleitung der Gruppe Feinmechanik hat an den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat den Antrag gerichtet, die an den Porzellankonföderationen in Verbindung mit Lungenkranke erkrankten Porzellanaarbeiter in das Vertragsnetz der Betriebskrankheiten gemäß Verordnung vom 26. Mai 1925 aufzunehmen. Die Töpfereibauernsgenossenschaft hat veranlaßt, daß ein Bericht alsliches Kundschreiben an ihre Mitglieder herausgegeben wird, worin gegen diese Absicht Sturm gelassen und Material verlangt wird, um den Antrag zu fassen, recht bezeichnet zu diesem Kundschreiben Stellung zu nehmen. E. U.

## Einige Geschäftsergebnisse aus der Porzellanindustrie.

Die Porzellanfabrik O. G. Hutschiene reuter u. C. wird Presseberichten zufolge, eine Dividende von 6 Prozent für das am 31. Juli abgelaufene Geschäftsjahr zur Verteilung bringt. Im Vorjahr betrug die Dividende 4 Prozent.

Auch bei der Porzellanfabrik Lorenz Hutschiene reuter u. C. ist mit einer Erhöhung der Dividenden zu rechnen. Es sollen für das abgeschlossene Geschäftsjahr 10 Prozent gegen 8 Prozent für das Vorjahr gezahlt werden.

## Credlitz.

In dem Betrieb des Herrn Dietrich Ged in Credlitz hat ein Mitglied des Betriebsrates die Unvorsichtigkeit begangen, dem Zahlstellenleiter seiner Organisation eine ausgewählte gewisse Kreisliste zur Durchsicht zu übergeben. Es ist zu verstehen, daß es der Direktion aus manchen Gründen unangenehm war, daß einem Gewerkschaftsvertreter Gelegenheit gegeben wurde, die Verkaufspreise der Firma ein wenig näher anzusehen. Dafür mußte gegen das Betriebsratsmitglied in irgendeiner Form Verfolgung geübt werden. Da man einen Vertrag betrieblicher Geheimnisse oder eine Preisgabe vertraulicher geschäftlicher Mitteilungen aus der Weitergabe der Preisliste nicht konstruiert konnte, da diese Preisliste ja öffentlich im Betrieb ausgewählte war, versuchte man auf einem anderen Wege zu der notwendigen Genugtuung zu kommen. Zwei Kollegen, Herr Syndicus Dr. Kramer und Herr Meisterndorf Wolf waren dabei schriftlich. Man machte aus der Weitergabe der Preisliste an den Gewerkschaftsangehörigen einen Diebstahl, den sich das Betriebsratsmitglied habe zuschulden können lassen. Diebstahl sei aber ein Grund der straflichen Entlassung, damit wäre das Verbrechen geführt gewesen. Dem Gewerkschaftsvertreter, der auf das Ungeschick dieser strafflohen Entlassung aufmerksam machte und eine gütliche Einigung herbeiführen wollte, verhüten die beiden Herren Juristen eine Rechtsbelehrung zu erzielen, um ihn zu überzeugen, daß sie als Juristen die Rechtslage doch wohl kennen müssten und zwar besser als der Gewerkschaftsangehörige. Da seine Einsicht stand, rief die Organisation das Arbeitsgericht an. Das arbeitsgerichtliche Urteil erging dahin, daß die Entlassung zu Unrecht erfolgt sei. Diese Niederlage konnte Herr Dr. Kramer nicht vermeiden. Er will nun sein Heil auf nach in der zweiten Instanz beim Landesarbeitsgericht versuchen. Wir leben der neuen Verhandlung mit aller Spannung entgegen. Als Syndicus mußte Herr Dr. Kramer doch eigentlich wissen, daß das Arbeitsgericht erst dann die Zustimmung des Betriebsrates zur Entlassung eines Mitgliedes des Betriebsrates erteilen kann, wenn der angewiesene Betriebsrat diese Zustimmung verneigt. Seine in dieser Richtung angestrengte Verteidigung stand jedoch Herrn Dr. Kramer keinen Erfolg bringen.

Es geht hier auch in diesem Falle, wie weitwoll die Arbeitgeber sind, um Verhandlung für den Arbeiter sein kann, ganz abzuhängen von den Erfolgen bei den Lohnverhandlungen. Auch die rechtliche Vertretung vor den Arbeitsgerichten kann, wie in diesem Falle, der Arbeitnehmer vor höherem Stadteil bewahren.

## Alte.

In der vielseitigen Porzellanfabrik von Fischer & Lehmann wird aktuell nur noch 3 bis 4 Tage in der Woche gearbeitet. Da im allgemeinen die Porzellanindustrie gut verläuft ist, erzielte es unverständlich, daß dieser Betrieb schon seit Jahren nicht in voller Umfang arbeitet. Nach unserer Auffassung ist dieser schlechte Geschäftsführer auf die unrationelle Geschäftsführung zurückzuführen. Herr Fischer kann sich der fortschrittlichen Entwicklung der Zeit nicht anschließen, daher steht es nicht, daß heute nicht mehr wenige und teuer produziert werden darf, sondern viel und billig. Vielleicht fehlen in diesem Betrieb auch längere Zeiträume, die sich der neuen Zeit anpassen verstehen. Es ist keineswegsverständlich, daß bei einem solchen schlechten Geschäftsführer ein solcher Betriebsleiter vorhanden ist, der doch sehr kostspielig arbeitet.

Für die Betriebsfeste der Firma Fischer & Lehmann sollten diese Zustände eine Mahnung sein, doch ihrer aufwandigen Organisation angeschlossen, dem Metallischen Funde im Verbande der Arbeitgeberverbände Deutschland, denn nur auf dem Wege durch die Organisation können sie an einer Besserung der Kollegien zu handeln gelangen.

# Jahresbericht der Steinbruchsberufsgenossenschaft für das Jahr 1927.

I.  
Die in diesem Jahresbericht veröffentlichten Zahlen über die versicherten Betriebe und Personen geben ein ungefähres Bild von der wirtschaftlichen Lage der in der Genossenschaft versicherten Industrien.

Gegenüber 1926 ist eine Zunahme der Betriebe und versicherten Personen zu verzeichnen. Ein Zeichen, daß die Wirtschaftslage 1927 besser war als 1926.

Versichert waren:

	1926	1927	mehr 1927
Betriebe	10 015	10 441	426
Arbeiter usw.	277 608	340 245	62 639
Vollarbeiter zu 300 Arbeitstagen gerechnet	150 282	171 887	21 545
Durchschnittliche Verdienst pro Vollarbeiter und Tag (300 Arbeitstage zugrunde gelegt) betrug 1926 oder 6,48 pro Tag.			
Das ist ein erhebliches Minus gegenüber den vom Zementbund veröffentlichten Zahlen über den Durchschnittsverdienst der Zementarbeiter, die ebenfalls in obiger Genossenschaft versichert sind. Nach dem Zementbund sollte der Tagesdurchschnittsverdienst des Zementarbeiters 1927 8 RM überschritten haben.			
Im Jahresbericht obiger Genossenschaft ist — wohlgemerkt — der durchschnittliche Tagelohn des Vollarbeiters mit 6,48 RM angegeben. Das bleibt sehr hinter den Angaben des Zementbunds zurück. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß auch Berufsszweige mit höherem Lohnniveau als dem der Zementarbeiter in dieser Berufsgenossenschaft versichert sind.			
Im Jahre 1926 betrug der Durchschnittstageverdienst des Vollarbeiters nach den Zahlen des Berichts 6,11. Der Zementbund hat für 1926 als Durchschnittsverdienst des Zementarbeiters 7,10 RM angegeben.			
Also auch hier ein bedeutendes Weniger.			
Aus dem Bericht der Genossenschaft geht weiter hervor, daß die gemeldeten Unfälle wieder eine beträchtliche Steigerung aufzuweisen haben. Im Jahre 1926 waren 20 841 Unfälle gemeldet, während im Jahre 1927 sich die Zahl auf 29 896, also auf 992 mehr belief.			
Die Zahl der erstmalig entshädigten Unfälle für 1927 wird mit 214 angegeben. Im Jahre 1926 betrug sie 1905, also 1927 = 259 mehr.			
268 Personen kamen bei den Unfällen zu Tode, 1926 201, also 1927 = 61 mehr. Bei 6 Fällen war völlige Erwerbslosigkeit die Folge. Bei 180 Personen war der Unfall mit über 50 Proz. bei 1710 mit unter 50 Proz. Erwerbsunfähigkeit verbunden. In den Prozentzahlen ist zu bemerken, daß der Jahresbericht diesmal nicht nach teilweise und vorübergehender Erwerbslosigkeit die Zahlen zusammenstellt, sondern nach dem festgestellten Grade der jeweils, also in Prozent.			
Wir hatten im vorigen Jahre bei Besprechung des Jahresberichts bemängelt, daß die Aufstellung über die Zahlen der Betriebe und versicherten Personen kein richtiges Bild davon gibt, wie die einzelnen Industriegruppen an den Zahlen beteiligt sind. Auch bei Aufzählung der Unfälle kann man aus dem Jahresbericht nicht genau ersehen, in welchen Industrien die meisten Unfälle zu verzeichnen sind. Wohl hat man einzelne Betriebsabteilungen, wie Kraftrzeugungsanlagen usw. angeführt, bei denen sich die Unfälle ereignet haben, aber daraus kann man nicht mit Sicherheit schließen, welcher Industriegruppe sie zuzählen sind. Moschueranlagen usw. sind in jeder Industrie vorhanden.			
Wenn diese Mängel einmal von der Berufsgenossenschaft beseitigt und die Aufstellungen nach einzelnen Industrien erfolgen würden, könnte der Jahresbericht nur an Wert gewinnen.			
Wie sich die Unfälle nach ihren Ursachen in Zahlen und Prozenten verteilen, gibt der Bericht folgendes an:			
1. Mangelhafte Betriebseinrichtungen . . . . . 100 5,0 2. Keine oder ungenügende Ausrüstung . . . . . 5 0,2 3. Fehlen von Schutzausrüstungen . . . . . 26 1,2 4. Schuld des Arbeitgebers (gesamt) Spalte 1-3 140 6,4			
5. Nichtbenutzung oder Verstümmelung vorhandener Vorrichtungen . . . . . 88 1,5 6. Handeln wider bestehende Vorschriften oder erhaltene Anweisungen . . . . . 185 8,5 7. Reichtum, Galerie, Nederei, Trunkheit usw. 11 0,5 8. Ungeachtlichkeit oder Nachlässigkeit usw. 505 23,8 9. Ungeeignete Kleidung (flatternde Halstücher, Schürzen usw.) . . . . . 6 0,3 10. Schuld des Arbeitgebers (gesamt) Spalte 5-9 740 34,1			

## Der Erdingofen.

Trotzdem die Ziegelindustrie eines der ältesten Gewerbe ist, kann gerade nicht gesagt werden, daß sie auch in technischer Entwicklung mit anderen Industrien gleichen Schritt gehalten hat. Ist doch die Fabrikationsmethode noch sehr verschiedenartig. Neben Handbetrieben, in denen noch genau so gearbeitet wird wie vor hunderten Jahren, finden wir sehr moderne einrichtete Fabrikbetriebe. Die Technik bricht sich auch in der Ziegelindustrie immer mehr Vahn. Bei leistungsfähigen Firmen finden wir daher entsprechend der Neuzeit technisch gut eingerichtete Maschinen und Ofensysteme, während bei kapitalistischen Firmen oft noch sehr primitiv die Fabrikation gehandhabt wird. Es gibt auch heute noch Personen, die glauben, daß überall, wo Dorf vorhanden ist, sich ein Ziegeleibetrieb rentieren würde. Meistens werden dann die Einrichtungen, die zur Herstellung der Ziegelware benötigt werden, auf das allernotwendigste beschränkt. Ist dies schon bei den maschinellen Einrichtungen der Fall, so erst recht oft bei der Wahl des Ofensystems. Gerade bei dem Bau eines Ofens wird sehr oft an der falschen Stelle gewart. Wir finden daher, daß zum Brennen der Ziegelware Ofen gebaut werden, deren Bau sich später als großer Fehler herausstellt.

Seit Jahrzehnten wird versucht, den Erdingofen in der Ziegelindustrie mehr zur Geltung zu bringen. Was ist nun das Besondere an einem Erdingofen? Schon der Name besagt, daß der Ofen in die Erde gebaut wird. Die Auswahl des Platzes, wo der Ofen errichtet werden soll, muß sehr sorgfältig geschehen. Wie viel Grundwasser ist, muß für eine gute Entwässerung Sorge getragen werden. Wenn eine gute Entwässerung nicht möglich ist, wird es schwierig sein, einen anderen Ofen oberhalb der Erdoberfläche zu bauen. Bei nassen Gelände sind die Seitenwände und Dachfläche eines Erdingofens immer feucht, und es hält schwer, entwandsfreie Ware zu brennen. An den Seitenwänden und auf der Sohle ist das Brenngut dann leicht gebrannt, oder erholt, infolge der Feuchtigkeit einen kleinen Raupzug. Niedrigwertige Ware findet über sehr schwer Abzug. Während meiner praktischen Tätigkeit als Ziegler habe ich auf einem Betriebe in Bergisch-Märkischen bei Opladen mit derartigen Schwierigkeiten dauernd zu kämpfen, so daß sich der Besitzer nach einigen Jahren genötigt sah, einen überirdischen Ofen zu bauen, weil in dem Erdingofen nicht das gewünschte Brenngut hergestellt werden konnte. Aber auch nachher habe ich noch auf einigen anderen Stellen die gleichen Erfahrungen gemacht. Der Erdingofen hat die längliche Form, ähnlich wie der Hohmannsche Ringofen. Nur ist der

11. Fehlen von Schutzausrüstungen und Unschärfelosigkeit der Arbeitnehmer zugleich	80	1,4
12. Schuld von Mitarbeitern oder dritten Personen	78	8,6
13. Sonstige angegebene, insbesondere in der Gefährlichkeit des Betriebes beruhende Ursachen	1 161	58,8
14. Nicht zu ermittelnde Ursachen . . . . .	15	0,7
15. Sonstiges (gesamt) Spalte 11-14 . . . . .	1 284	59,5

Auch für das Jahr 1927 schreibt der Bericht, daß der Prozentsatz der auf die Schuld des Arbeitnehmers zurückzuführenden Unfälle eine nicht ungewöhnliche Anzahl erreicht hat. (64 : 7,4.) Die durch Schuld des Arbeitnehmers verhörführten Unfälle seien proportional ebenfalls gesunken, gingen aber noch weit über den Vorjahrsprozentsatz hinaus. (34 : 30,1 Prozent.)

Und nun schließt der Bericht dieses Kapitel mit folgendem Schluss:

„Die Fachverbände der Arbeitnehmer sollten ihren Mitgliedern in befehlenden Worträumen die strenge Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften immer wieder ans Herz legen.“

Der Soh wäre anders richtiger gewesen, etwa so:

„Die Arbeitgeber sollten den Fachverbänden nicht immer wieder die größten Schwierigkeiten in den Weg legen, damit diese auch durch Auflösung die Arbeiterschaft unbehelligt beeinflussen könnten.“

Aber gerade in dieser Beziehung hängt es bei den Unternehmen der in der Steinbruchsberufsgenossenschaft versicherten Betriebe außerordentlich. Den Funktionären der Fachverbände wird heute wieder vielfach das Vertreten der Betriebe verboten, damit sie ja nicht mit der Arbeiterschaft in Verbindung kommen können. Betriebsräte, welche auf Zustandshaltung von Schutzausrüstungen usw., kurz und gut auf Ordnung in puncto Einhaltung der Schutzausrüstungen dringen, werden sehr oft schikaniert und bei der ersten passenden Gelegenheit entlassen. Man will sich heute nicht in seinen Betrieb hineinsetzen lassen, sondern wieder wie früher Herr im eigenen Hause sein.

Die freien Gewerkschaften, vor allen Dingen auch der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, haben ihre Pflicht, die Mitglieder auch über die Unfallverhütung aufzuklären und zu belehren bisher gelöst und werden sie auch ferner tun. Sie werden aber sehr oft von den Unternehmen daran gehindert.

Es wäre vielleicht einmal eine sehr interessante Aufgabe, nachzufragen, in welchen Betrieben die meisten Unfälle vorkommen, ob in den Betrieben, wo eine gute gewerkschaftliche Organisation vorhanden ist, oder in den Betrieben, wo sich die Unternehmer die Förderung von gelben Verbvereinen zum Ziel gesetzt haben.

Um dem Kapitel „Schuld der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer“ wäre noch vieles zu sagen. Mancher Unfall, der nach der Statistik des Jahresberichtes auf Schuld der Arbeitnehmer zurückzuführen ist, würde nach näherer Prüfung auf einem andern Blatt zu buchen sein.

Auch die Spalte „Sonstige angegebene, insbesondere in der Gefährlichkeit des Betriebes beruhende Ursachen“, die 1161 oder 53,8 Proz. der entshädigten Unfälle ausweist, würde bei eingehender Prüfung wahrscheinlich sehr oft die Schuld des Arbeitgebers ergeben.

Die Gefährlichkeit der Betriebe könnte bei entsprechenden Einrichtungen noch sehr eingeschränkt werden.

Bei der Tabelle „Strafen gegen die Unternehmer und Betriebsleiter“, sonst man auf allerhand Gedanken kommen, 87 Strafen im Gesamtbetrag von 645 RM wurden gegen Unternehmer oder Betriebsleiter wegen Anwiderhandlens gegen die Unfallverhütungsvorschriften festgesetzt. Im ganzen mit anderen Verstößen zusammen 285 im Gesamtbetrag von 980 RM.

Vielfach ist es das Aufkardsystem, welches die Arbeiterschaft beeinflußt, weniger auf Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften zu achten.

Damit sollen nun keineswegs die Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften durch die Arbeitnehmer entschuldigt werden.

Über mancher Unfall würde vermieden werden, wenn die Arbeitnehmer nicht aus Sorge um den Verdienst vielfach gegen die Unfallverhütungsvorschriften verstößen würden, d. h. wenn sie ausreichend entlohnt würden.

Über die Unfallsachen, sowie über die Mängel, die bei stattgefundenen Revisionen zutage getreten sind, soll in einem weiteren Artikel berichtet werden. W. M.

## Mitteilung der Branchenleitung Steine und Erdien.

Betr.: Cementwaren- und Kunstein-Industrie.

In letzter Zeit sind viele Bestellungen auf Reichsarzt für obige Industrie bei der Branchenleitung Steine und Erdien eingegangen. Diese Bestellungen können vorläufig nicht erledigt werden, da die Branchenleitung selbst nur noch einige Exemplare zur Verfügung hat.

Als der jetzt geltende Reichsarzt neu abgeschlossen war, hatte die Branchenleitung an sämtliche Gauleitungen ein Mandat geschrieben gerichtet, welches die Auflösorderung enthielt, Bestellungen auf Reichsarzt in der benötigten Anzahl an die Branchenleitung einzureichen. Nach den Bestellungen sind dann die Anforderungen an Druckexemplare nebst einer ziemlich großen Anzahl Reserveexemplare an den Bund der Deutschen Betonwerke, welcher die Drucklegung erlebt, gerichtet worden. Außer diesen, bei Drucklegung bestellten Exemplaren, sind dann noch einige 100 Exemplare nachbestellt worden, die ebenfalls vergriffen sind.

Um Nachfrage beim Bund der Deutschen Betonwerke hat uns dieser ebenfalls nur noch einige Exemplare, die er selbst entbehren kann, gesandt und mitgeteilt, daß vorläufig ein Neudruck nicht mehr geplant ist.

Die Bau- und Zahlstellenleitungen müssen sich nun, wenn sie noch weitere Exemplare benötigen, selbst bestellen und Abschriften nach dem überlanden Druckexemplar anfordern.

Die Branchenleitung Steine und Erdien.

## Achtung, Zieglerkollegen!

Die Lohn- und Tarifbewegungen des Jahres 1928 haben gezeigt, daß dort die besten Erfolge erzielt werden konnten, wo ein Stamm gut und lange organisierter Zieglerkollegen vorhanden war. Es hat sich aber auch gezeigt, daß der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, die Interessen der Ziegler mit Erfolg vertreten hat. Die erzielten Lohnverhältnisse können einen Vergleich mit den in anderen Berufen erzielen ganz gut aufzuhalten.

Wenn nicht alles erreicht werden konnte, was die Zieglerkollegen erhofft und gewünscht hatten, so sind diejenigen Ziegler, die bisher sich, ohne selbst Opfer zu bringen, von ihren organisierten Kolleginnen und Kollegen die Kastanien aus dem Feuer holen ließen. Soll das immer so bleiben? Sollen die Erfolge der organisierten Zieglerkollegen durch die Schuld der arbeitsstehenden Ziegler auch weiterhin gehemmt und geschmälert werden?

In einigen Wochen werden nun die Mehrzahl der Kampagnenbetriebe ihre Worte schließen und die Zieglerkollegen wieder in ihre Heimat reisen. Mit diesem Zeitpunkt darf nun nicht die Werbearbeit für den Verband zu Ende sein, sondern muss erst recht beginnen. Jeder Ziegler, der in die Heimat zurückkehrt, muß Agitationarbeit für den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, leisten. Pläten bedeuten Kosten. Die Waffe der Organisation darf nicht rosten und schäbig werden, sondern muß blank und schick gehalten werden.

Es darf auch nicht vorkommen, daß die Zieglerkollegen, ohne sich bei ihrer Zabstelle, von der sie bisher betreut wurden, abzumelden, in die Heimat reisen. Jetzt muss die Anmeldung in seinem Buch vermerkt und bei der bisherigen Zabstelle angegeben haben, wohin er reist. Kommt er in seiner Heimat oder an seinem neuen Bestimmungsort an, muß sein ersteres sein, sich mit seinem Mitgliedsbuch zu seiner Heimat- oder neuen Zabstelle anzumelden und seine Anmeldung zu befragen. Besteht sich keine Zabstelle am Ort selbst oder kein Betriebsmann des Fabrikarbeiterverbandes, so müssen sich die Zieglerkollegen sofort per Postkarte entweder, wenn sie Lipper sind, an Wilhelm Hübner, Charlottenburg, I. Archestr. 24, Keramischer Bund, wenden. Von diesen beiden Adressen erfahren dann die Zieglerkollegen, an wen sie sich wegen Beitragsbezugs, Beitragzahlung oder anderen Verbandsangelegenheiten zu wenden haben.

Mit wenn jeder Ziegler sich seiner Pflicht gegenüber der gewerkschaftlichen Organisation bewußt ist, kann diese erfolgreich für die gesamte Zieglerenschaft erarbeiten.

Aber nicht nur, indem er seine Anmeldung erledigt, hat er seine Pflicht erfüllt, sondern auch, wenn er selber agitiert und organisiert. Nur dann, wenn die Zieglerkollegen in ihrer Mehrzahl im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, organisiert sind, wird dieser als achtunggebietender Faktor im Wirtschaftsleben auftreten und seine Riehung der materiellen und kulturellen Lage der Ziegler, sowie der gesamten Mitgliedschaft, erreichen können. W. M.

Das Brennen eines Erdingofens ist nicht so leicht, wie es sich mancher vorstellt. Zunächst kommt in Frage, daß der Brenner genau das Rohmaterial kennen muß. Außerdem muß er an der Glut erkennen, wann die Gartempuratur erreicht ist, damit er rechtzeitig von der Vollglut zur Knallglut schreiten kann. Bei anderen Ofensystemen ist der Garbrenner leichter festzustellen, wenn man da in der Lage ist, durch Messungen zu erkennen, wieviel Schwund das Brenngut schon hat. Da im Erdingofen bei Schwund des Brenngutes die angelegte Decke mitfällt, so muß schon der Brenner sehr gut aufpassen, wenn er einwandfreie Ware liefern will. Auch das Vorwärmen der frisch eingesetzten Steine führt auf größere Schwierigkeiten wie bei anderen Ofensystemen. Daher ist auch hier die große Ausführsamkeit notwendig.

Der Bau eines Erdingofens mit dem gleichen Fassungsvermögen wie ein Hohmannscher Ringofen stellt sich ungelöst ein Drittel billiger, wie letzterer. Preis der Billigkeit hat sich der Erdingofen in der deutschen Ziegelindustrie noch nicht so durchsetzen können, wie seine Erfinder gehofft haben. Wom auch bei der Errichtung eines Erdingofens Geld gespart werden, so sind die Ersparnisse sehr gering. Auf die Dauer wird aber die Ziegelei mit einem Erdingofen teurer arbeiten, wie mit einem oberirdischen Ringofen.

Konrad Pöltzsch, Detmold.

In dem Artikel „Der Hohmannsche Ringofen“ in Nr. 30 des „Keramischen Bundes“ muß es anstatt „Abst.-Papierdruck“ heißen.

## Lesefrüchte.

Eine Volkswirtschaft, welche ihre Gewerbeprodukte für den Weltmarkt sorgfältig mittels übermäßiger Arbeitszeit und niedriger Löhne billig herstellt, bietet dem Auslande den schönen Anblick eines Weltreichs dar, das ganz aus streten Tätern einen großen Bestandteil seiner Angehörigen ohne alle Eigenleistung des Auslandes verursicht, sich für fremde Nationen abzugrenzen. Seine gewerblichen Arbeiter müssen auf die Entwicklung ihrer Persönlichkeit verzichten, damit die Fabrikanten und Großhändler den Markt, den sie im Innern zerstören, im Auslande wieder errichten.

1928 p. 1888 in der Abhandlung: „Die englische Fabrikimpunität.“

## Geistiges Rüstzeug.

Bearbeitet und zusammengefaßt von M. Abramowitz.  
Sefimof.  
(Nachdruck sowie Übersetzung ohne Genehmigung des  
Verfassers verboten.)

Rechter Abschnitt.

Soziologie, einfach durch die buchstäbliche Übersetzung dieses Fremdworts als „Gesellschaftslehre“ oder etwas sinngemäß ebensoviel oder ebensoviel bedeuten würde als „Die Lehre vom Leben des Gesellschaftlichen“ oder „Die Lehre von den Formen der menschlichen Gemeinschaft“ und dergl. mehr zu bezeichnen, ist ebenso verworren wie nichtsagend. Die Frage nach der Soziologie als einer selbständigen Wissenschaft ist im wesentlichen gleichbedeutend mit der Frage: Weist die Soziologie eine eigene Arbeits- und Forschungsmethode auf? Und noch weiter: Braucht sie eine solche oder genügt es vielleicht, wenn die Soziologie zu ihren Zwecken sich der Forschungsmethoden anderer Disziplinen bedient? Eine Antwort auf diese Frage kann uns erst die nähere Betrachtung der eigentlichen Aussage und des Wesens der Soziologie geben.

Der „Volksstaat“, den die sozial-differenzierte menschliche Gesellschaft darstellt, besteht aus sehr vielen „Stockwerken“ (Technik, Sprache, Wirtschaft, Sitten, Recht, politische Formation u. a. m.). Eine jede Erscheinung des gesellschaftlichen Lebens, sei es aus welchen Stockwerken auch immer, entsteht und entwickelt sich gewissermaßen im Zeichen einer Kreuzung von zwei verschiedenartigen inneren oder äußeren Zusammenhängen. Es sind dies zuerst diejenigen inneren oder äußeren Zusammenhänge, die nur für die betreffende Reihe (oder Stockwerk) allein gelten, die also von anderer Art sind als diejenigen irgendwelcher anderen Reihe. So ist z. B. der innere Zusammenhang, in dem eine wirtschaftliche Erscheinung zu den ebenfalls wirtschaftlichen Erscheinungen steht, von anderem Charakter, Form und Art, als diejenige einer Reihe erscheinung zu den übrigen Reihen erscheinungen oder eines Sprachphänomens zu den anderen.

Dinge wissenschaftlich erkennen heißt, diejenigen Zusammenhänge erforschen und klarlegen, die das Entstehen und die Existenz dieser Dinge ausmachen. Dies ist aber nur dann möglich, wenn die wissenschaftliche Erkenntnis ihre Arbeits- und Forschungsmethoden vollkommen der Sonderbeschaffenheit derjenigen Zusammenhänge anpaßt, die sie zu erforschen hat. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit besonderer sozialwissenschaftlicher Einzeldisziplinen wie politische Ökonomie, Ethnologie u. a. m., von denen eine jede hinsichtlich ihrer Forschungsmethode auf die Sonderheit der speziellen, innerhalb eines bestimmten sozialen Stockwerkes waltenden Zusammenhänge ganz besonders und ausschließlich eingestellt ist.

Wenn man aber die verschiedenen Reihen der sozialen Lebensgestaltung, wie Technik, Wirtschaft, Recht usw., als „Stockwerke“ bezeichnet, so ist hiermit zweierlei gemeint: Erstens: daß die Struktur, der engere Zusammenhang innerhalb eines jeden Stockwerkes anders ist als bei den übrigen; zweitens: daß es nicht etwa einzelne für sich, sondern eben nur Stockwerke eines Gebäudes, Teile eines vielgliedrigen Ganzen darstellen, die als solche in ihrem Verhältnis zu diesem Ganzen und miteinander innerlich verbunden sind. D. d. mit anderen Worten: Anger den speziellen, innerhalb eines jeden einzelnen Stockwerkes allein gelgenden Zusammenhängen, muß es augenscheinlich auch noch andere, „interstockwerkliche“ Zusammenhänge geben, die sich von Stockwerk zu Stockwerk spannen und wehen, diese alle umfassen, sie durch ihr Abhängigkeits- und Teilverhältnis zum Ganzen miteinander zu einem Gesamtbauensemble fügen. Es liegt auf der Hand, daß diese „interstockwerklichen“ oder generellen, d. h. allumfassenden Zusammenhänge von anderer Art sein müssen, als irgendwelche der schon genannten speziellen. Es gilt nunmehr: Charakter, Beschaffenheit und Erkenntnis dieser generellen Zusammenhänge zu ergründen. Diese Aufgabe zu lösen ist keine der sozialwissenschaftlichen Sonderdisziplinen in stände — gerade deshalb nicht, weil in deren Arbeits- und Forschungsmethoden so sehr der Sonderart unter spezieller Zusammenhänge ausschließlich angepaßt

sind. Es ergibt sich so die Notwendigkeit einer besonderen Wissenschaft, deren Forschungsart dem Charakter der generellen Zusammenhänge entspreche oder — was dasselbe ist — die Notwendigkeit der Soziologie als einer selbständigen Wissenschaft.

Die Aufgabe der Soziologie ist es somit, die generellen (für die Erscheinungen aller Gebiete gleich ausschlaggebenden) Zusammenhänge des gesellschaftlichen Lebens und deren Existenz und Abwidlungsnormen zu ergründen. Die ersten Aufgabe der Soziologie entspricht auch ihre besondere Arbeits- und Forschungsart, die darin besteht, daß jede Einzelerscheinung des gesellschaftlichen Lebens hier lediglich auf ihren Zusammenhang mit den Grundfaktoren des sozialen Ganzen untersucht und betrachtet wird. Und damit ist auch die deutliche Tatsächlichkeitsgrenze zwischen der Soziologie und den übrigen sozialwissenschaftlichen Einzelfächer gegeben. Allerdings werden hier die Kompetenzen (Baständigkeit) nicht nach dem Stoff (Forschungsbereich) getrennt, sondern durch die Behandlung verschiedener Seiten des zu erforschenden Gegenstandes: hier — der generellen, dort — der speziellen Zusammenhänge des gleichen Vorganges. So z. B. kommt bei der Erscheinung Wert für die Wirtschaftsforschung lediglich das rein wirtschaftliche Moment des Verhältnisses von Wert zu Wert und die Ergründung der Normen dieses Verhältnisses in Betracht; während die Soziologie die eigentliche, durch die Grundfaktoren der sozialen Gestaltung schlechthin bedingte Wessheit der Wertidee ergründet hat.

**Soziologie und Sozialismus.** Aus dem Charakter der Soziologie ergibt sich auch ihre ganz besondere, man kann ohne Übertreibung sagen, enorme praktische Bedeutung für das gesellschaftliche Leben unserer Zeit. Indem sie den Totalzusammenhang klar herausarbeitet, kostet dessen sich die Umwälzungen der Einzelerscheinungen des gesellschaftlichen Lebens als geordnete Bestandteile eines Gesamtgerüsts erkennen lassen und uns somit eine begrifflich geordnete Erfassung des Ganzen ermöglicht, bildet die Soziologie die erkenntnismäßige Vorbedingung zu der praktischen Zusammenfassung der ganzen Weisheit der wirtschaftlichen, politischen, rechtlichen, geisteskulturellen usf. Funktionen zu einer organisierten Einheit oder, was dasselbe ist, die theoretische Voraussetzung zur praktischen Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. In diesem Sinne können wir durchaus von der außerordentlichen Bedeutung der Soziologie für die sozialistische Bewegung sprechen.

Es ist deshalb auch kein „Zufall“, daß die Soziologie als selbständige Wissenschaft erst jetzt im Entstehen begriffen ist. Wo das ganze gesellschaftliche Leben — wie es im Zeitalter des aufsteigenden Bürgertums der Fall ist — eine dualistische (spießartige) Struktur aufweist, wo alle Begebenheiten und Vorgänge des wirtschaftlichen, politischen und Geisteslebens ebenso „wohlgeordnet“ organisiert im einzelnen wie gleichzeitig anarchisch unorganisierbar in ihrer Gesamtheit sind — dert ist auch die Denkleistung selbst der wissenschaftlichen Denkenden lediglich auf die Erfassung einzelner Zusammenhangsreihen abgestimmt und zur Herausbearbeitung der besonderen, daß Gesamte erfassenden soziologischen Denkmethode nicht geeignet. Wohl machen sich auch in diesem Zeitalter die generellen Zusammenhänge im Leben ganz erheblich bemerkbar, und entstehen auch hier (in der bürgerlichen Zeitwelt) bereits das Bedürfnis sich einen theoretischen Begriff von den letzteren zu erarbeiten. Allein: Das Bdürfnis war da, das Mittel zu seiner Befriedigung (die soziologische Methode) jedoch fehlte — und so „beholt“ man sich, indem man von irgendeiner anderen Spezialwissenschaft oder von der Philosophie deren Arbeits- und Forschungsmethode ausliest, die auf das Gebiet der generellen Zusammenhänge anwendet und was sich dann ergab, „Soziologie“ nannte. Ein Wirklichkeit war es aber stets nur ein „Philosophieren“ (Comte, Barth, Scheller und and.), ein „Biologisieren“ (Spencer, Daezel), ein „Anthropologisieren“ (Taylor) und desgl. mehr über die vorexistente Zusammenhänge im Sozialen — „soziologische“ Theorien, aber keine Soziologie.

Die kommende Generation zur soziologischen Denkweise zu erziehen, die eigentliche Soziologie als selbständige Wissenschaft auszubauen, ist Sache der geistigen Träger der kommenden Gesellschaft.

Jahre trop her noch immer nicht günstigen Organisationsbedarf hält die Lohnbewegungen erfolgreich verließen.

Sodann erstattete Kollege Hugener den Bericht vom Bundestag des Keramischen Bundes, den der Kollege Hoffmann ergänzte. Die Ausführungen beider Kollegen ließen erkennen, daß der Zusammenschluß der beiden Facharbeiter-Organisationen mit dem Fabrikarbeiterverband eine gewerkschaftliche Großart war, die einen bedeutungsvollen Schritt auf dem Wege zur gewerkschaftlichen Konzentration darstellt.

Never die Lage im Gau, Agitation, Organisation und Betriebsleistung sprachen sodann die Kollegen Hering und Hoffmann an. In der Gesamtorganisation ist seit dem Jahre 1926 ein mächtiger Aufstieg zu verzeichnen. Nicht nur die Zahl der Mitglieder hat sich bedeutend erhöht, sondern auch die Kassenverhältnisse haben sich günstig entwickelt. Wir sind auf früherer Jahre dürfen als endgültig überwunden betrachtet werden. Von 9993 Neuaufnahmen, die im Jahre 1927 erzielt wurden, konnten gut 90 Prozent erhalten werden, ein Zeichen dafür, daß die Fluktuation noch immer sehr groß ist. Die an die Hauptkasse abgeführteten Beträge haben sich im Jahre 1927 gegenüber 1926 um mehr als 100 Prozent gesteigert. In der Betriebsleistung muß noch vieles besser werden. Die sogenannten Beiträge sind vielerorts noch nicht erreicht.

Dieser Punkt der Tagesordnung löste eine sehr rege Aussprache aus. Alle in der Agitation austauchenden Probleme wurden mit großer Sachlichkeit behandelt. Gerade diese Aussprache über Agitation hat bewiesen, daß im Gau 16 ein guter gewerkschaftlicher Geist herrscht.

Nachdem der Kollege Gustav Salomon über den gegenwärtigen Stand der Sozialversicherung und die Rechte des einzelnen gesprochen, und der Kollege Gundlach den Bericht vom Verbandsitz erstattet hatten, wurde die Neuwahl des Gauvertreters und des Vertreters zum Verbandsbeirat vollzogen.

Im Schluswort sprach Kollege Hering die Hoffnung aus, daß alle Funktionäre ihr Amtserst tun werden, um die Organisation auszubauen und zu stärken, und so die Voraussetzungen für eine weitere Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und für die Erhaltung des Kulturstandes der im Fabrikarbeiter-Verband organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter zu schaffen.

Heinrich Treichel.

**Die Bezirkszahlsstelle Köslin sucht zum 1. Oktober d. J. einen tüchtigen.**

### Geschäftsführer,

da der bisherige in den Verwaltungsdienst übertritt.

Bewerber müssen mindestens 10 Jahre freigewerkschaftlich organisiert sein.

Sie haben eine selbstgeschriebene Abhandlung über den bisherigen Lebenslauf und bisherige Tätigkeit in der Arbeitersbewegung einzufinden.

Kenntnis des Arbeitsrechts ist erforderlich, da im hiesigen Bezirk sehr viele Klagen vor dem Arbeitsgericht zu vertreten sind.

Die hauptsächlichsten Industrien sind: Papier-, chemische und keramische Industrie. Außerdem kommen noch andere Industriezweige in Frage.

Bewerbungen sind bis spätestens bis 15. September an die Adresse R. Wiesenbütter, Stettin, Gr. Oderstraße 18—20, einzureichen und zwar mit der Aufschrift „Werbung!“

### Arbeitsmarkt.

Tüchtige Formengießer (ledig) gesucht. Bewerbungen an C. & C. Carlens, Porzellanfabrik Blankenhain. (447)

Suche zum sofortigen Antritt einen tüchtigen Glasschleifer, der auf Früchte- und Blumenstücke gut eingearbeitet ist, wie einen Altpolierer, der auch einbohren kann. Es sind Dauerstellungen, für die nur ganz tüchtige Leute in Frage kommen. François Möllis, Kristallschleiferei, Berlin-D 112, Blumenthalstraße 27. (448)

Für sofort tüchtiger Modell-Gießleiter gesucht. S. Utrecht & Co., Neuhausen-Sieben. (449)

Mehrere Kübelmacher für Schirme und Hellglas gesucht. Angebote sind zu senden an Kurt Göbel, Große Krähen, Altmarkt 5, Post Grube Ilse (R.-L.). (450)

Glasäcker, 29. Jahre, sucht Dauerstellung; in der weitere Ausbildung möglich ist. Angebote unter § 146 an den „Keramischen Bund“.

Zwei tüchtige Planpolierer suchen Stellung. Suchende sind durch jahrelange Erfahrung bestens mit dieser Arbeit vertraut. Angebote unter § 147 an den „Keramischen Bund“, Charlottenburg.

Ein erfahrener Apparatschleifer, der mit seinem Gehilfen (Hausmutterangehöriger) einen Schleifapparat selbstständig bedient, sucht keine Stellung zu verändern. Angebote unter § 148 an den „Keramischen Bund“, Charlottenburg.

Hausmacher, gut eingearbeitet auf verdeckte und offene Höfe, sucht möglichst bald oder später Stellung. Wohnung Bedingung. Angebote an den Arbeitsnachweis für die Glasindustrie, Weißwasser (D.-L.), Musauerstr. 6.

Ein Glashäcksler und ein Hassenhäcksler suchen anderweitig Stellung. Angebote sind zu senden an die Bezirkszahlstelle des Fabrikarbeiterverbands, Gottbus, Senftenberg, Galaxie R.-L., Kreishaus.

Junger, lediger Porzellanmaler, strebam, firm in Rand-L., Stempel-, Stoffage-, Fasson-, Poliergold- und Handmalerei, sucht Stellung. Kurt Ditscher, Seifersdorfer bei Sorau, N.-L., Dorfstraße 16a.

Kelchglasmacher (rheinische Art), verheiratet, mit Gehilfen, sucht Stellung durch Max Wollenborn, Kunnen in Westalen, Bahnhofstr. 52.

Lediger Gehilfe, der selbständig in allen vor kommenden Schlitten arbeiten kann, sucht Stellung. Nähe Dresden bevorzugt. Angebote erbeten an Erwin Luther, Neu-Sörnewitz bei Meißen.

Verheirateter Hohlglaschleifer, verfehlt Einbohrer und Spender, gut eingerichtet auch auf Edel- und Kassetenschliff, sucht baldigst Stellung. Angebote an den Arbeitsnachweis für die Glasindustrie, Weißwasser (D.-L.), Musauer Straße 6.

Ein tüchtiger, verheirateter Glashäcksler (Spiegelglas) sucht sofort Stellung. Derselbe würde auch die Stellung eines Glasschleifers übernehmen. Angebote an Arbeitsnachweis Joseph Reimer, Untermarkt, Post Neunburg v. W., Oberpfalz.

Verlag: Libia Karl, Charlottenburg, Brabestra. 2—5. Verantwortlich für den Inhalt: Hans Lawerenz, Charlottenburg. Druck: C. Janiszewski, Berlin-S. 26, Elisabethstr. 23/29.

## Aus dem Verbandsleben.

### Vorsicht bei Geldsammlungen im Betriebe.

Von der Zählstelle Hamburg erhalten wir folgende Zuschrift: Nach der Kriegszeit hat sich in vielen Betrieben die Gewohnheit herausgebildet, daß unsere Mitglieder, im besonderen wenn es sich um Betriebe handelt, in denen zum Winter Kartarbeit oder Arbeitslosigkeit zu erwarten ist, in wöchentlichen Raten Sammlungen vorzunehmen, um Einkäufe von Kohlen und sonstigen Versorgungsmaterial reip. Kartoffeln zu tätigen.

Dieses Beginnen unserer Mitgliedschaft ist durchaus verständlich. Wir wollen nicht diese Sammlungen kritisieren, sondern es kommt uns darum an, daß das gesammelte Geld unseren Mitgliedern nicht verlorengeht. Es hören wir, daß der betreuende Mitarbeiter, der zur Aufbewahrung bzw. Einlagerung des Gelbes bestimmt ist, mit dem ihm anvertrauten Gelde nicht umzugehen weiß. Ein solcher Fall ist für die Zählstelle Hamburg ebenfalls zu verzeichnen.

Unreine Kollegen von dem Hartsteinwerk E. hatten einen solchen Nachschlag gelegt, um gegen die Rote des Winters einzigermaßen geschützt zu sein. Sie hatten ihrem Mitarbeiter E. bereits eine größere Summe abvertraut. Dieser hat das Vertrauen seiner Vorgesetzten abschrecklich gefährdet, indem er die ihm entdeckte Summe zurücknahm.

Wir raten dringend, wenn unsere Mitglieder an solchen Sammlungen schreiten, darüber Vorsicht in der Wahl ihrer Betriebszulässigkeit zu haben, auch nicht einem allein das Geld einzuzutrauen, vielmehr das Geld und die Kartarbeit zusammen gegebenenfalls in einer Einrichtung zu geben, so daß es nicht von einem Mitarbeiter, sondern stets von mehreren abgehoben werden kann, und öfter eine genaue Kontrolle der hinterlegten Gelde vorzunehmen.

Zählstelle Hamburg: E. G.

### Gaukonferenz des Gaus in Düsseldorf.

Die diesjährige Gaukonferenz fand am 11. und 12. August in der alten Werkstatt des Kreisgerichts Düsseldorf statt. Die ersten drei Konferenztagen waren der Organisationsaufbau im Gau 16 gewidmet, einschließlich der Konferenz zum Ausdruck eines neuen Reichs, die wir nicht mehr zu verzeichnen wünschen. 43 Delegierte aus 22 Zählstellen, 7 Mitglieder des Gauvorstandes, 6 des Gaukomitees, 2 Beauftragte, 1 Vertreter des Hauptverbandes waren erschienen.

Zusätzlich gaben die beiden Beauftragten einen Bericht über unsere Erfahrungen, der sich auf das Jahr 1927 und das erste Halbjahr 1928 erstreckte.

Selbst hierzu konnte feststellen, daß die Lohnbewegungen in der Betriebszeit erfolglos durchgeführt werden konnten. Beispielsweise in diesem Jahre wurde eine neue Tarif-